

1934 - 1945

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 7—9

November 1960

2 Schilling

Wie lange noch?

Seit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages steht die Frage der Wiedergutmachung aller Schäden auf der Tagesordnung, die den von Faschismus und Nationalsozialismus Verfolgten zugefügt worden sind.

Bei den Wahlen des Jahres 1956 wurde den Opfern der Gewaltherrschaft von den beiden großen Regierungsparteien die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche versprochen, und auch das Parlament hat die Regierung mehrmals aufgefordert, endlich die entsprechenden Vorlagen einzubringen. Aber erst um die Jahreswende 1958/59 gelang es den Sozialisten, den damaligen Finanzminister Dr. Kamitz zu Verhandlungen zu bringen. Ein von unseren Genossen ausgearbeiteter Entwurf einer 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, der die gesetzliche Formulierung der dringlichsten Fragen der Wiedergutmachung in einem äußerst bescheidenen Rahmen enthielt, fand die Zustimmung aller anderen Opferorganisationen. Schon schien es, als ob das gegebene Versprechen eingelöst werden würde, da erzwang die ÖVP die Auflösung des Parlaments. Kamitz hatte zwar versprochen, daß die Arbeit des zur Behandlung aller Entschädigungsfragen beim Finanzministerium eingesetzten parlamentarischen Achterausschusses fortgesetzt werde, aber nach der Niederlage der ÖVP bei den Wahlen im Mai 1959 dauerte es viele Monate, bis dieser Ausschuß sich wieder konstituierte.

Seither wurde er überhaupt nicht mehr einberufen. Erst als das Parlament erklärte, daß die parlamentarische Erledigung der von der Regierung gegebenen Zusage von Geldmitteln zur Befriedigung der Ansprüche von im Ausland lebenden Opfern des Nationalsozialismus abhängig sei von der Erledigung der Zusagen auf Wiedergutmachung für die im Inland lebenden Opfer, kam die Angelegenheit wieder in Schwung. Das Parlament hat zu wiederholten Malen in feierlicher Weise erklärt, daß Versprechungen der Regierung und des Parlaments in gleicher Weise einzuhalten seien.

Ein Unterausschuß des Koalitionsausschusses nahm auf Grundlage des Entwurfes der 12. Novelle die Verhandlungen auf, und wenn diese auch sehr schleppend geführt wurden, schien es doch, als ob eine brauchbare Lösung gefunden werden könnte.

Plötzlich wieder wurden aber von der ÖVP-Seite neuerlich wesentliche Veränderungen verlangt, die die Möglichkeit einer Einigung in weite Ferne rückten. Und damit sich das Spiel von Anfang 1959 ganz wiederhole, führte die Krise in der ÖVP zu einer Regierungskrise, die sogar eine rechtzeitige Erledigung des Budgets unmöglich gemacht hat.

Damit ist die Lösung der Frage der Wiedergutmachung wieder auf die lange Bank geschoben. Unsere Genossen treten auch weiterhin mit aller Energie für die ehrliche Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien ein und verlangen eine gerechte Verteilung der Lasten auf alle Bevölkerungsschichten und damit ein gerechtes und ausgeglichenes Budget.

Wir kämpfen weiter für die Schaffung der erforderlichen Wiedergutmachungsgesetze. Darum stärkt unsere Reihen noch mehr und sorgen wir damit für die eheste

Verwirklichung der Wiedergutmachung

Soziologische Theorie und politische Praxis

Für jeden Menschen, der gewohnt ist, über sich und seine Situation in der Gesellschaft, seine Beziehungen zu anderen Menschen nachzudenken, erscheint es eine Notwendigkeit, seine Lebenshaltung im gesellschaftlichen Alltag soziologisch zu fundieren. Schließlich möchte aber fast jeder Mensch wissen, was sich hinter oft gebrauchten und schon abgegriffenen Schlagworten verbirgt.

Es wäre daher eine lohnenswerte Aufgabe, einmal die soziologische Theorie mit der politischen Praxis zu konfrontieren. Mögen auch die Männer der politischen Praxis ein solches Unterfangen gering schätzen, so wird ihnen trotzdem damit ein Fundament für ihre Bemühungen gegeben.

Man war anscheinend immer der Ansicht, daß sich aus der praktischen Tätigkeit schon irgendeine brauchbare soziologische Fundierung des Sozialismus und seiner Ideologie ergeben wird. Es wird aber übersehen, daß dabei gerade der umgekehrte Weg eingeschlagen wird.

Statt von den ideologischen Prinzipien ein Programm abzuleiten, glaubt man, mit der unfundierten Aufstellung von Tagesforderungen das Auslangen zu finden.

Es waren aber immer die großen Ideen, die geschichtsgestaltend wirkten, indem sie den Massen den Zustand ihrer Lage klarmachten und sie so faszinierten. Der Sozialismus war eine solche geistige Revolution und ist jetzt in einer utilitaristisch-opportunistischen Restauration erstarrt. Ihn wieder zur großen geistigen Bewegung zu machen, ist eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können, wenn es uns mit dem Sozialismus ernst ist.

Freilich wurde die soziologische Theorie des Sozialismus, so wie seine Ideologie, niemals systematisch zusammengefaßt und dargestellt. Bei Karl Marx und Friedrich Engels nicht und nicht einmal bei Max Adler.

Nur wenn es einmal gelingt, die Prinzipien des Sozialismus klar und übersichtlich darzustellen und von den philosophisch und soziologisch begründeten Postulaten systematisch alle weiteren Folgerungen zu deduzieren, kann der Sozialismus in der Praxis neue Impulse gewinnen. Und diese einmal gefundene Wahrheit in der oft geschmähten Theorie, die soziologische Vergewisserung des eigenen Standpunktes, muß mit vollem Bewußtsein erfaßt und festgehalten werden, weil nur durch sie allein alle Praxis wahr werden kann.

Der politische Praktiker ohne theoretische Fundierung ist vergleichbar einem Schwimmer im Meer, der von den Wellen emporgetragen oder auch weggespült wird. Wohl kann er sich und seine politische Gruppe mit dem Rettungsgürtel der Demagogie und den Schwimmbewegungen der instinktiven Schlaueheit eine Zeitlang über Wasser halten. Er wird aber niemals selbst aktiv das politische Geschehen gestalten können. Zwar meint man oft, daß die geschickte Ausnützung der politischen Strömung bereits ein Kennzeichen für den wirklichen Politiker wäre. Ein Erfolg oder ein Scheitern ist aber nicht das Merkmal menschlicher Größe; es ist auch nicht das Kriterium der Wahrheit von Bestrebungen.

Die menschliche Größe liegt vielmehr in der sittlichen Haltung, die aus der Tiefe einer religiösen, weltanschaulichen oder philosophischen Gewißheit entspringt. Das Kriterium der Wahrheit aber ist die Übereinstimmung der Handlungen mit dieser Gewißheit. Die Wahrheit der sozialen Tätigkeit ist somit unabhängig von Erfolg und Scheitern. So ist gerade — so paradox es klingen mag — die christliche Wahrheit des religiösen Gewissens im persönlichen Scheitern von Jesus begründet.

Gesellschaftsgestaltend kann nur ein Mensch wirken, der wahr handelt. Er wird nie Treibholz der politischen Strömung sein, sondern im festen Grund seiner Gewißheit wurzeln. Die Wahrheit seiner Worte und Handlungen wird die Menschheitsgeschichte unge-

achtet seines persönlichen Schicksals beeinflussen. Man denke nur an die Schicksale von Pythagoras und Plato und auf ihren Einfluß auf die Geschichte des Abendlandes. Wer kennt dagegen heute noch die Namen ihrer politischen Gegner, die den einen in die Verbannung getrieben und dem anderen seine tagespolitische Tätigkeit unmöglich gemacht haben? Die sittlichen Kräfte des Daseins eines Menschen wirken vielfach auf die moralischen Empfindungen der Mit- und Nachwelt ein und finden dort ihren tiefen Widerhall, auch wenn der unmittelbare Anschein dagegen spricht.

Ein Hannibal, ein Cäsar, sogar ein Augustus und alle römischen Kaiser waren ebenso vorübergehende Erscheinungen ihrer Zeit wie die verschiedenen deutschen Kaiser, französischen und englischen Könige und die Usurpatoren Napoleon und Hitler. Aber ein Sokrates, Plato und Aristoteles, Augustinus und Thomas von Aquin, Petrarca und Dante, Hus, Zwingli, Calvin und Luther, Bacon, Hobbes, Hume und Locke, Montaigne, Rousseau, Voltaire, Montesquieu, Kant und Hegel, Goethe und Schiller, Marx und Engels haben den Geist und den Charakter der Völker geformt und so wahrhaft das politische Geschehen gestaltet. Alle auf ihren Fundamenten stehenden Staatsmänner und praktischen Politiker sind als Zeiterscheinungen an die Oberfläche der politischen Strömung gehoben worden, wobei es für den historischen Ablauf ziemlich bedeutungslos wäre, wenn andere Namen und Personen im Vordergrund gestanden hätten. Das soll aber nicht heißen, daß die praktisch handelnden Personen zu einer geschichtlichen Bedeutungslosigkeit verurteilt sind; ihr richtiges oder falsches Erkennen einer historischen Situation und ihre entsprechende Entscheidung haben natürlich den Gang der Geschichte beschleunigt oder verzögert. Aber sie standen als Persönlichkeiten mitten in der sozialen Bewegung, die auch ohne ihr Zutun von anderen Persönlichkeiten auf andere Weise hätte verwirklicht werden müssen. Die klare Erfassung der soziologischen Theorie durch die handelnden Persönlichkeiten der Geschichte könnte aber den Ereignisablauf der politischen Praxis reibungsloser gestalten, wodurch viele unnötigen Opfer vermieden würden.

Es sind nicht die materiellen Bedingungen und die ökonomischen Verhältnisse allein, die geschichtsgestaltend wirken. Vielmehr ist es der Geist und der Charakter der Völker und Nationen, die sie die besonderen materiellen, geographischen und klimatischen Bedingungen aufsuchen und die ökonomischen Verhältnisse gestalten ließ. Im Spiel der Wechselwirkung beeinflussen sich Geist und ökonomische Verhältnisse gegenseitig. Und hier im geistigen Bereich der historischen und politischen Persönlichkeit spielt die sittliche Kraft und moralische Haltung des einzelnen und der Gemeinschaft bei den gesellschaftsgestaltenden Entscheidungen eine wesentliche Rolle. So muß festgestellt werden, daß die sittliche Kraft der Persönlichkeit in der Formung der Gesellschaft und die moralische Verpflichtung der sozialen Lebenshaltung, aus dem Erleben der soziologischen Wahrheit heraus, für die politische Praxis wichtigere Voraussetzungen als das geschickte Erfassen von Situationen sind.

Die Vernachlässigung der philosophischen Überlegung und der soziologischen Erkenntnis in der heutigen Politik ist bedauerlich. Es ist doch das nächste und wesentlichste Objekt des Menschen — der Mensch selbst. Da er seinem Wesen nach nur im Kontakt mit anderen Menschen Mensch wird, daß er nur durch die Konversation von Mensch zu Mensch zur Bewußtheit gelangt, sind das nächste Objekt der Betrachtung und des Interesses die Beziehungen der Menschen zueinander. Die philosophische Soziologie, die soziologische Anthropologie, sollte damit die Grundlage jeder politischen Betätigung bilden. Die praktische Politik, die die edelste Beschäftigung der besten Köpfe sein soll, ist aber leider vielfach ein Tummelplatz von Dilettanten, Ignoranten und demagogischen Halbgebildeten, die ihren Minderwertigkeitskomplex mit politischer Macht kompensieren wollen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

200. Sitzung der Opferfürsorgekommission

Am 15. September 1960 hielt die auf Grund des Opferfürsorgegesetzes beim Bundesministerium für soziale Verwaltung errichtete Opferfürsorgekommission ihre 200. Sitzung ab. Diese Kommission besteht seit 1945. Ihre Mitglieder haben die ehrenamtliche Aufgabe, das Bundesministerium für soziale Verwaltung bei der Durchführung des Opferfürsorgegesetzes zu beraten und Vorschläge zu erstatten.

An der Sitzung nahm Bundesminister Proksch teil, der zu Beginn allen Beteiligten dankte, und sagte, daß er selbst als ein Opfer aus der Zeit der politischen Diktatur das vollste Verständnis für die schwere Arbeit der Mitglieder der Kommission und für die Wünsche und Forderungen der Verfolgten habe. Man sehe überall die Nöte, und es sei eine Genugtuung, feststellen zu können, daß jeder jedem zu helfen bemüht ist. Die 200. Sitzung sei eine festliche Sitzung, obwohl freilich „eigentlich kein Fest“. Das Fest wäre die Atmosphäre, in der eine verantwortungsvolle und schwierige Arbeit still und mit überaus großer Hingabe geleistet werde. Wörtlich sagte der Minister:

Ich freue mich, anlässlich der 200. Sitzung der Opferfürsorgekommission in Ihrer Mitte weilen zu können und möchte allen Mitgliedern

Ihrer Kommission sowie der bei den Landesregierungen gebildeten Rentenkommissionen meinen herzlichsten Dank für Ihr uneigen-nütziges Wirken aussprechen.

Bei dem vom Opferfürsorgegesetz erfaßten Personenkreis handelt es sich ja bekanntlich um jene Menschen, die in der Zeit des Faschismus für ihren Einsatz um ein freies, demokratisches Österreich oder wegen ihrer Abstammung oder Nationalität das Schwerste erdulden mußten. Es wird daher immer Aufgabe sein, das Opferfürsorgegesetz menschlich ausulegen. In diesem Zusammenhang will ich auch allen mit der Durchführung des Gesetzes und der Betreuung der Opfer und deren Hinterbliebenen betrauten Beamten meinen Dank dafür sagen, daß sie ihre nicht immer leichte Pflicht mit großem Verständnis und Einfühlungsvermögen erfüllen.

Ich weiß, daß das Opferfürsorgegesetz seine Härten hat. Es ist eine schöne Aufgabe der Verwaltung, diese Härten, soweit es möglich ist, zu mildern. Im Vordergrund jeder gesetzlichen Regelung steht in einem demokratischen Staatswesen der Mensch. Und gerade die Menschen, die für die Wiedererstehung unserer demokratischen Republik ihr Bestes gegeben haben, sollen dies bei der Handhabung des Gesetzes auch empfinden. Deshalb erachte ich es auch für segensreich, daß Vertreter der Betroffenen im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Opferfürsorgekommission und in den Rentenkommissionen ihre Stimme erheben können.

Ich weiß, daß leider die 12. Opferfürsorgegesetz-Novelle bisher von der Bundesregierung noch nicht dem Parlament vorgelegt werden konnte, da wir noch keine Vereinbarung über deren materiellen Inhalt erreichen konnten. Nach anfänglich befriedigenden Verhandlungen stocken diese seit Monaten. Ich habe mein Bedauern hierüber anlässlich meiner Rede bei der Verabschiedung der letzten Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz am 14. Juli 1960 im Nationalrat zum Ausdruck gebracht. Ich möchte heute, anlässlich der feierlichen 200. Sitzung der Opferfürsorgekommission, vor den Vertretern der Betroffenen wiederholen, daß ich es bedauere, daß dieser Fragenkomplex bisher ungelöst geblieben ist. Ich hoffe jedoch, daß auch diese Frage in kurzer Frist einer Lösung zugeführt werde und kann nur sagen, daß ich als zuständiger Ressortminister die berechtigten Wünsche der Opfer des Faschismus voll unterstütze.

Ich wünsche sowohl der Opferfürsorgekommission als auch den Rentenkommissionen ein weiteres gedeihliches Arbeiten zum Wohle der Betroffenen und die baldige Erfüllung der wahrlich gerechten Forderungen der Opfer des Faschismus.

(10. November 1938)

die tempel brannten die braune pest zog...

Die braune Pest zog schwärend durch das Land.
Der Himmel war seit Monden schicksalsgrau.
Die Menschenwürde lag im Staub zerstampft.
Der Judenhaß zerfraß der Menschen Herz.

Habgier, Verleumdung, Raub und Mord
stürzten wie Geier auf die Fieberstadt.
Gejagte irrten todesangstumdroht.
SS-Schakale schlepten Menschenfracht.

Das Teufelsjoch stand so acht Monde lang,
ansteigend immer in verbohrtter Wut.
Dann kam der Tag, der Gott ins Antlitz schlug:
Die Tempel brannten... Doch die Erde schwieg.

Über den verbrecherischen Charakter der SS

Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Nazibarbarei veröffentlichen westdeutsche Zeitungen die folgende, hier verkürzt wiedergegebene Nachricht:

In dem kleinen fränkischen Städtchen Windsheim trafen sich 1300 ehemalige SS-Angehörige. Man wollte „unter sich“ sein. Als der Kommandeur der einstigen Leibstandarte „Adolf Hitler“, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Sepp Dietrich, eintraf, wurde er von den SS-Veteranen stürmisch gefeiert. Oberst außer Dienst Schreiber stieg auf einen Stuhl und zeigte einen Eispickel, der ihm von ehemaligen Angehörigen seiner Einheit aus Österreich geschenkt worden war. Ehemalige finnische Waffen-SS-Angehörige hatten eine kleine Keramik gestiftet: Ein SS-Mann, der sein Gewehr präsentiert... Was sich im Laufe des Abends abspielte, läßt sich unschwer erraten, nachdem in später Nacht die alten Nazilieder auf die Straße drangen: „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu“ und „Wir sind die Schwarze Garde, die Adolf Hitler liebt“...

Treffen von gewesenen SS-Leuten, an denen auch starke Delegationen aus Österreich teilnehmen, sind in Westdeutschland zu einer Alltagserscheinung geworden. Und bei jedem dieser Treffen wird ein eindeutiges Bekenntnis zur nazifaschistischen Vergangenheit abgelegt. Mit Recht schrieb ein dänischer Publizist, der das Grauen eines deutschen Konzentrations-

lagers als Widerstandskämpfer kennengelernt hat, in einem Kommentar voll grimmiger Ironie:

Warum gibt es eigentlich keine Kameradschaftstreffen ehemaliger Raub- und Sexualmörder? Wirkt nicht mancher dieser zivilen Verbrecher wie ein armseliger Stümper, wenn wir seine Taten mit denen eines Adolf Eichmann vergleichen, dessen engste Freunde in den Kameradschaftsverbänden der SS leitende Funktionen bekleiden?

Auf diese Frage des dänischen Widerstandskämpfers antwortet eine Schrift des deutschen Sozialisten Kurt Hirsch¹⁾, die es verdient, auch bei uns beachtet und bei den Auseinandersetzungen mit den Unverbesserlichen häufig zitiert zu werden. Für das geistige Klima in Westdeutschland ist es bezeichnend, daß der Verfasser seiner Untersuchung, gewissermaßen als Motto, die Worte Heinrich Heines voranstellt:

Solche Bücher läßt du drucken!
Teurer Freund, du bist verloren!
Willst du Geld und Ehren haben,
mußt du dich gehörig ducken.

Kurt Hirsch begnügt sich nicht damit, die entsetzlichen Verbrechen aufzuzeigen, die nach der Hitlerschen Machtergreifung von der „Schwarzen Garde“ begangen wurden. Er legt die Zusammenhänge bloß, die zwischen den Freikorps nach dem ersten Weltkrieg und den SA- und SS-Formationen bestehen:

In den Jahren 1918 und 1919 begann die Sammlung der sogenannten Frontsoldaten. Das waren Offiziere und Unteroffiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee, die den Völkermord als das größte und schönste Erlebnis ihres Lebens betrachteten. Sie weigerten sich, wieder ein normales Leben zu beginnen und einen nützlichen, zivilen Beruf auszuüben. Im Namen der „Frontkameradschaft“ sammelten sie sich in den Freiwilligenverbänden und Freikorps, um an den Grenzen Deutschlands den Krieg fortzusetzen. Ihre Hauptaufgabe erblickten sie in der Konservierung des „Frontgeistes“, in der Verbreitung des Märchens vom „Dolchstoß“, der die angeblich unbesiegte und unbesiegbare deutsche Armee um den Sieg gebracht haben soll.

In den großen Klassenkämpfen, die es in Deutschland nach dem verlorenen Krieg gab, erwies sich diese Freikorps als eine mörderische Waffe der Bourgeoisie und des preußischen Junkertums gegen die Arbeiterklasse. Später spezialisierten sie sich auf Fememord und andere Terrorhandlungen, nicht nur gegen die Arbeiterbewegung, sondern auch gegen liberale und pazifistische Bürger. Die von Kurt Hirsch aufgestellte und mit vielen Dokumenten belegte These: „Die Fememörder der Freikorps sind die Vorläufer der SS“ wird auch von den heute wieder aktiven SS-Ideologen bestätigt.

¹⁾ Kurt Hirsch: „SS — gestern, heute und...“ Verlag Schaffende Jugend, Frankfurt am Main.

Unser Obmann Genossin Rosa Jochmann hat namens unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus an Genossen Dr. Max Neugebauer anlässlich seines 60. Geburtstages ein Glückwunschsreiben gerichtet, für das sich der Jubilar in einem Brief bedankt hat. Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem Brief Dr. Neugebauers.

ABGEORDNETER ZUM NATIONALRAT
Dr. MAX NEUGEBAUER

Geschäftsführender 2. Präsident
des Stadtschulrates für Wien

Liebe Genossin Jochmann!

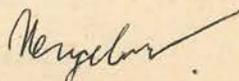
Vieles von dem, was Ihr in Eurem Schreiben sagt, ist fast zu schön ausgedrückt; aber ich weiß, daß es von mir gut gesinnten Herzen kommt; und darum nehme ich es auch dankbar an. Für mich war das Bekenntnis zum Sozialismus, wenn ich einen Vergleich ziehen darf, so etwas wie der Eintritt in einen Orden, wo man auf einen Teil seiner Willensfreiheit verzichtet und dafür im Interesse der Idee zu gehorchen verpflichtet ist. Das ist das rein äußerliche Bild eines Sozialisten. Innerlich entspringt aus der Idee des Sozialismus eigentlich alles, was mit Nächstenliebe, Menschenliebe, Hilfsbereitschaft, Schutz der Bedrängten und der Armen zusammenhängt.

Wenn in Eurem Brief auch von meinem Eintreten für die Ravensbrücker Lagergemeinschaft die Rede ist, so ist dies vor allem in der Erinnerung an die furchtbare Vergangenheit geschehen, die man nicht vergessen soll. Ich habe wohl um meine Person immer gebangt, aber ich bin doch mit einem blauen Auge über diese Zeit gekommen und fühle mich darum um so mehr verpflichtet, alles zu unternehmen, daß unsere Jugend vor diesem grausamen Schicksal der Konzentrationslager bewahrt bleibe und nie mehr ein Land und eine Regierung zu solchen aller Menschlichkeit widersprechenden Einrichtungen greifen kann.

Aus dem gleichen Grund entspringen meine Bemühungen, die Darstellung der Zeitgeschichte in den Schulen so eindringlich zu verlangen. Und dies ist auch ein Grund, warum ich immer wieder dem Geschichtsunterricht in den Schulen beiwohnen werde, damit hier wirklich mit aller Sorgsamkeit und Gewissenhaftigkeit vorgegangen und den jungen Menschen ein klares Bild über die Notwendigkeit eines menschenwürdigen Zusammenlebens geboten wird.

Liebe Freunde, ich danke Euch nochmals herzlichst, daß Ihr mit so viel Freundschaft meines Geburtstages gedacht habt.

Mit herzlichen Freundschaftsgrüßen, Euer



Der Verfasser bringt auch dafür ein typisches Beispiel:

So schrieb zum Beispiel der SS-Schriftsteller Werner Beumelburg unter dem Titel „Freikorps retteten 1919 Deutschland“ im „Deutschen Soldatenkalender 1954“ unter anderem:

...Im Februar befreite der General von Watter durch einen konzentrierten Angriff in blutigen Kämpfen das Ruhrgebiet. Unmittelbar an die Niederschlagung des roten Aufstandes am Niederrhein und in Westfalen schloß sich ein neuer Aufstand im mitteldeutschen Industriegebiet von Halle... Das Freikorps Maercker, das inzwischen den Schutz der deutschen Nationalversammlung in Weimar übernommen hatte, schlug ihn nieder. Danach wurde in Sachsen und in Braunschweig durch Reichsexekutionen die Ordnung wiederhergestellt. In Bayern wurde die rote Herrschaft Kurt Eisners und Ernst Tollers durch das Freikorps des Generals Ritter von Epp am 29. April gebrochen. Preußische Formationen unter dem General von Oven waren zur Hilfe herbeigeeilt. Dann trat endlich Ruhe im Reichsgebiet ein...

Vielleicht ist es gut, daran zu erinnern, daß der Weg dieser Formationen mit Mord und Totschlag gekennzeichnet war und daß wie sie mit Recht als die geistigen Vorläufer des Dritten Reiches bezeichnen können. Sie waren eine der ersten, die den politischen Sarg der Weimarer Republik zu zimmern begannen. Über diese historischen Tatsachen helfen keine entstellten geschichtlichen Darstellungen hinweg, und zwar auch dann nicht, wenn sich diese unter dem breiten, schützenden Mantel des Antisowjetismus zu tarnen versuchen.

Der Unterschied zwischen SA und SS

In gedrängter Form bringt Kurt Hirsch ein Stück Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung. Zunächst gab es die SA: Sturmabteilungen, die die Aufgabe hatten, die eigenen Kundgebungen zu schützen und die der Andersdenkenden mit Brachialgewalt zu sprengen. Die Frage, warum diese Kampfformationen der SA nicht genügt haben, warum ein über der SA

stehendes Korps wie die Schwarze Garde der SS notwendig wurde, beantwortet der Verfasser, gestützt auf das vorliegende Untersuchungsmaterial deutscher und angelsächsischer Historiker:

Nachdem im Sommer 1925 die NSDAP nach ihrem Verbot wieder erlaubt worden war, ließ Hitler aus Angehörigen seines 1923 gegründeten „Stoßtrupp Hitler“ — es hat sich um seine Leibwache gehandelt — durch Julius Schreck zu seinem persönlichen Schutz eine „Stabswache“ aufstellen, die noch im gleichen Jahr die Bezeichnung „Schutzstaffel“ erhielt; im Jahre 1926 übernahm ein anderer bewährter Nationalsozialist namens Berchtold die Leitung dieser Formation.

Es ist für unsere weitere Betrachtung nicht unwesentlich, den Unterschied zwischen der SA und der SS, sowie die Ursache, warum es zur Aufstellung der SS kam, festzuhalten. In der politisch neutralen und sich in ihren Veröffentlichungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützenden Publikation „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ lesen wir hierüber unter anderem:

Während die alte SA ein Wehrverband gewesen war, der möglichst viele Mitglieder haben sollte, die keineswegs auch alle Parteimitglieder zu sein brauchten, sollten in den Schutzstaffeln nur die aktivsten und zuverlässigsten Parteimitglieder einer Ortsgruppe zusammengefaßt werden: Die Staffeln sollten „kein neuer Verein“ sein, sondern Teile der Parteiorganisation bleiben, allerdings unter zentraler Führung einer „Oberleitung“ in München.

Jede „Zehnerstaffel“ wurde von einem „Zehnerführer“ geführt und unterstand unmittelbar der „Oberleitung“. Als Aufgaben waren vorgesehen: Schutz Hitlers und prominenter Parteiführer, Versammlungsschutz und vorbereitende Maßnahmen zur Abwehr eventueller Angriffe auf die Partei und ihre Führer und nicht zuletzt Werbung von Parteimitgliedern, Beziehen des „Völkischen Beobachters“ und Anzeigen für den „Völkischen Beobachter“.

(Fortsetzung von Seite 2)

Die hohe Idee des Sozialismus kann wegen der Identifizierung der politischen Praxis mit der Idee und durch die Ungeschicklichkeit und — oftmals — Unwürdigkeit ihrer Propagierung schwer in den Herzen der Menschen Wurzel schlagen. Und doch ist der Sozialismus gerade aus dem edelsten Teil der menschlichen Natur entsprungen und wäre befähigt, das Gute in jedem Menschen anzusprechen und die Menschheit von ihren eigensüchtigen Trieben und Lastern zu befreien und zu einem wahren Menschentum zu führen.

Darüber hinaus ist zweifelsohne dem überwiegenden Teil der Funktionäre der Sozialistischen Partei zuzubilligen, daß sie aus wirklichem Idealismus heraus und aus Begeisterung für die hohen Ziele des Sozialismus, vielfach unter persönlichen Opfern, ihrer selbstgestellten Aufgabe nachkommen. Fast alle von ihnen sind von der ethischen Überzeugung getragen, durch ihre praktische Tätigkeit eine wirkliche Gerechtigkeit in den sozialen Verhältnissen herbeizuführen. Welche Begeisterung und welche Einsatzfreudigkeit wäre da, wenn diese Ideale einmal konkret aufgestellt, als sittliche Ansprüche an die Gesellschaft gekennzeichnet und den Funktionären, Mitgliedern und der Bevölkerung nahegebracht werden könnten! Im Kampf um die Verwirklichung unserer Ideale, im Kampf um die politische Macht, welche allein die Durchsetzbarkeit garantiert, wendet aber der bürgerliche Gegner, der um seinen Besitz bangt, immer wieder Methoden an, die dem ganzen politischen Ringen eine häßliche Note geben. Oft wird dabei ein harter Gegenschlag von der

wenig informierten Öffentlichkeit ebenso qualifiziert wie die unfaire Gangart der bürgerlichen Partei. So kommt aber in der öffentlichen Meinung die gesamte politische Tätigkeit in Mißkredit.

Aus dieser Erkenntnis heraus müssen alle, die guten Willens sind, alle Kräfte anstrengen, um die Idee des Sozialismus auszuarbeiten und ihr propagandistisch zum Durchbruch zu verhelfen, damit die praktische Politik vom Ideal des Sozialismus durchdrungen wird. Dazu bedarf es vieler Arbeit und Aufklärung, nicht nur der gesamten Bevölkerung, sondern vor allem der politischen Funktionäre der Sozialistischen Partei. Diese Aufklärung und Schulung muß vor allem die soziologischen Erkenntnisse umfassen, damit der einzelne Funktionär seine praktische Tätigkeit in ausreichender Weise theoretisch fundiert hat.

Es bedarf aber auch ebenso der verstehenden Toleranz Andersdenkenden gegenüber, wie der unerbittlichen Intoleranz gegen charakterlich oder geistig unfähige Politiker in den eigenen Reihen. Nur wenn innerhalb der menschlichen Gesellschaft eine gegenseitige Toleranz vorhanden ist, können sich wahre Ansichten entwickeln und durchsetzen. Ganz abgesehen davon, daß die Forderung nach Toleranz selbst wieder ihre moralische Rechtfertigung hat. Und nur dann, wenn die eigenen Reihen von Ehrgeizlingen, Geschäftemachern und Karriererittern immer saubergehalten werden, wird die Achtung vor der sozialistischen Idee eine noch weitere Verbreitung finden und die sozialistische Theorie vollkommen mit der politischen Praxis übereinstimmen.

Die Schutzstaffeln standen also nicht in der Tradition der Wehrverbände, sondern waren Parteikader für jeglichen politischen, technischen und brachialen Einsatz. Mit ihren Abzeichen (schwarze Mütze mit Totenkopf und schwarzumrandete Hakenkreuzarmbinde) kennzeichneten sie sich ausdrücklich als Nachfolgeorganisation des „Stoßtrupps Hitler“ von 1923. Auch damals hatte sich Hitler der SA nicht unbedingt sicher gefühlt, weil dies in engen und ihm nicht ganz durchsichtigen Bindungen zu den anderen Wehrverbänden und zur Reichswehr stand.

Noch etwas konkreter wird Alan Bullock in seinem Bericht über den Hitler-Putsch im November 1923:

Aus den paar hundert SA-Leuten und Kampfbundmitgliedern, die Hitler am Abend unter seinem Kommando hatte, wurden bis zum Morgen dreitausend Mann. Im Laufe der Nacht erhielt er vom Lande her fortgesetzt erhebliche Verstärkung; Strasser zum Beispiel brachte aus Landshut hundertfünfzig Mann mit. Während der „Stoßtrupp Hitler“, die Keimzelle der späteren SS, das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“ besetzte und die Maschinen zerstörte.

Es kann als Symbol gewertet werden, daß der „Keimzelle der späteren SS“, dem „Stoßtrupp Hitler“, die aktivsten Zerstörungen und Angriffshandlungen überlassen blieben und daß diese Angriffe sich gegen die verlässlichste Stütze der deutschen Demokratie, gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, richteten.

Der Schreiber dieser Zeilen möchte von sich aus noch einen weiteren Zeugen anführen, dessen geschichtliche Werke leider zu bibliographischen Seltenheiten geworden sind: Konrad Heiden⁵⁾ gibt eine treffende Charakteristik des Unterschiedes zwischen SA und SS nach der Machtergreifung, in jener kurzen Periode, die im Zeichen der Kriegsvorbereitung stand:

Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Wehrmacht und den schwarzen Schutzstaffeln (SS), der alten Polizeitruppe der Partei, kam im Jänner 1935 ein Kompromiß zustande. Der SS wurden Waffen bewilligt.

Die SS, eine wirkliche Truppe neben der halb dekorativen, halb pädagogischen und gar nicht mehr aktiven SA, ist etwa zweihunderttausend Mann stark, gliedert sich in zehn Oberabschnitte, dreißig SS-Abschnitte, fünfundachtzig SS-Standarten und besteht aus drei Truppengattungen: der allgemeinen SS, der SS-Verfügungstruppe und den SS-Wachtverbänden. Die ganze SS trägt Revolver und hat einen militärischen Ehrenkodex; so muß nach einer Verfügung Himmlers vom November 1934 jeder SS-Mann seine Ehre mit der Waffe verteidigen. Militärisch sind vor allem Verfügungstruppe und Wachtverbände bedeutungsvoll... Die SS, das „Schwarze Korps“, ist ein Teil der Partei, der seinen Stolz darein setzt, unbeliebt zu sein und den Haß auf sich zu laden; der Grundsatz, gehaßt, aber jedenfalls gefürchtet zu sein, ist der ihre.

„Man liebt uns nicht“, ist ein Satz, den ihre Wochenschrift, das „Schwarze Korps“, öfter mit Genugtuung ausspricht. Da die SS eng mit der Geheimen Staatspolizei verbunden ist, hat sie seit langem die in allen Diktaturen beobachtete Allmacht und Unabhängigkeit des polizeilichen Werkzeugs erlangt,

⁵⁾ Konrad Heiden: „Ein Mann gegen Europa“, Europa-Verlag, Zürich 1937. — Auch die „Geschichte des Nationalsozialismus“, die Hitlerbiographie und das Buch über die „Geburt des Dritten Reiches“ von Konrad Heiden enthalten wertvolles Material über den hier untersuchten Fragenkomplex. Das gleiche gilt für Hermann Rauschnig: „Gespräche mit Hitler“, Europa-Verlag, Zürich 1940.

das allmählich stärker wird als die Hand, für die es geschaffen wurde.

Während es bei der SA neben asozialen Schlägertypen auch noch jene proletarischen Elemente gibt, die aus „antikapitalistischer Sehnsucht“ in den Jahren der großen Wirtschaftskrise zu den Nazi gekommen sind, findet sich bei der SS für solche Wuirrköpfe, die von einem „deutschen Sozialismus“ träumen, kein Platz. Die Schwarze Garde des „Führers“ besteht aus sadistischen, das einfache Volk verachtenden, sich selbst als neuen Adel empfindenden Herrenmenschen, die zu jedem Verbrechen bereit sind.

Die Ideologie der Schwarzen Garde

Kurt Hirsch veröffentlicht Reden und Artikel der SS-Prominenz, aus denen sich ein schauerliches Bild über die Ideologie der Schwarzen Garde ergibt. „Um die geistige Richtung der SS von Beginn an zu verstehen, ist es nicht unwichtig, zu wissen, daß Himmler aus den Reihen der »Artamenen« hervorgegangen ist. Es handelt sich hier um einen Zweig der bündischen Jugendbewegung, mit dem Ziel einer Erneuerung des deutschen Bauerntums und des Schaffens des mittelalterlichen Typs des Wehrbauern. Diese politischen Ideale Himmlers standen schon damals im Zeichen des Blutes, des Schwertes und des Bodens.“

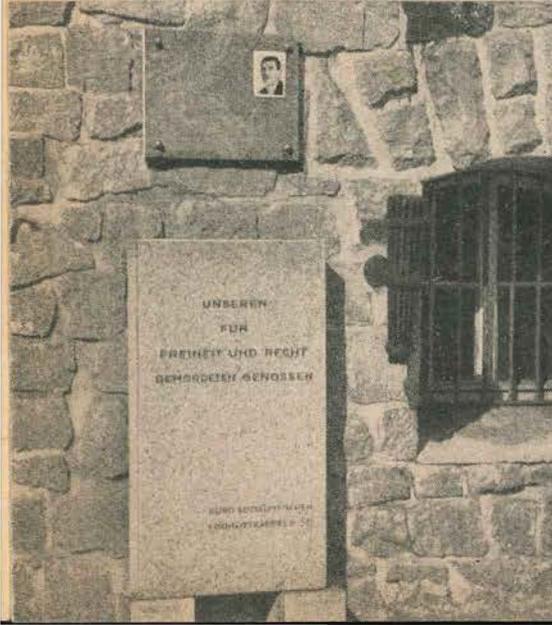
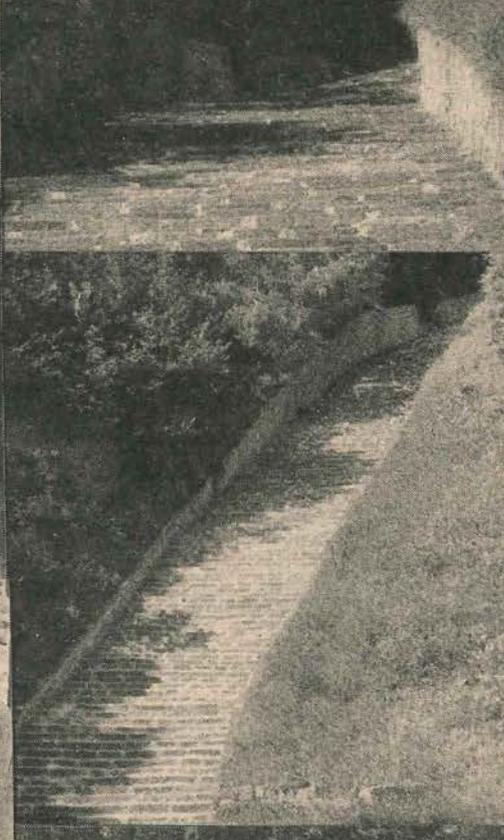
Dieser Hinweis ist sicherlich von großer entwicklungsgeschichtlicher Bedeutung. Noch wesentlicher scheinen aber dem Schreiber dieser Zeilen die Berührungspunkte zwischen der SS-Ideologie und der extremen Rassenlehre des österreichischen völkischen Sektierers Lanz von Liebenfels zu sein⁶⁾. Der Wiener katholische Soziologe Professor August M. Knoll hat die Beziehung zwischen diesem Altvater des Rassenwahns, der seine Zeitschrift „Ostara“ bereits vor dem ersten Weltkrieg in Wien herausbrachte, und der später Wirklichkeit gewordenen Nazibarbarei treffend gekennzeichnet: „Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat.“ (Zitiert nach Wilfried Daim.) Wie recht Professor August M. Knoll damit hat, wird uns bewußt, wenn wir die von Kurt Hirsch gebrachten Dokumente über die Ideologie und Mentalität der SS mit dem Inhalt der „Ostara“-Hefte des halbverrückten Sektierers Lanz von Liebenfels vergleichen. (Fortsetzung folgt)

⁶⁾ Vergleiche dazu: Wilfried Daim: „Der Mann, der Hitler die Ideen gab“, Isar-Verlag, München 1958. — Zur Person Himmlers siehe: Achim Besgen: „Der stille Befehl“ (Medizinrat Kersten, „Himmler und das Dritte Reich“), Nymphenburger Verlagshandlung, München 1960.

MAUTHAUSEN 1960

Die diesjährige Bundeshauptversammlung haben wir im Lager Mauthausen selbst abgehalten. Unser Bund hat damit in einer würdigen und machtvollen Kundgebung des 15. Jahrestages der Befreiung gedacht, und unsere Versammlung war ein einziger Appell für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie.

Niemals wieder Diktatur! Niemals wieder Mauthausen! Niemals vergessen!



UNSEREN
FÜR
FREIHEIT UND RECHT
BEMERKTE GENOSSEN

TODESSTIEGE.
IHRE HEUTE GLEICHMÄSSIGER UND
NORMAL HOHEN STUFEN WÄREN ZUR ZEIT
DES KONZENTRATIONSLAGERS
WILLKÜRLICH ANEINANDERGELEGT,
UNGLEICHGRÖSSE, FELSBLÖCKEN
DER VERSCHIEDENSTEN FORMEN,
DIE OFT EINEN HALBEN METER
HOHEN FELSBLÖCKEN ERFORDERTE BEIM
STIEGEN GROSSE KRAFTANSTRENGUNG.
DIE SICH VERMAGTE SICH NICHT ANDEREM
DAMIT DIE LETZTEN BEIHEIN EINER
ABWARTENDE GLEICHEN KOLONNE DURCH
FUSSSTREITE UND KÖRPERNIEBE ZUM
ABSCHLEFFEN ZU BRINGEN SO DASS SIE

1941-1945
KARBYŠEV
DIMITRIJ MIKHAILOVICH

So wurde Eichmann erwischt

Erstmals werden jetzt Einzelheiten der Fahndung nach dem ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann bekannt, der im Mai in Argentinien verhaftet wurde und nun in Israel seinem Prozeß entgegensteht. Wie der Direktor des jüdischen Dokumentationszentrums Dr. Kubovy mitteilte, war die Schlüsselfigur bei der Fahndung nach dem „Endlöser der Judenfrage“ der 52jährige aus Posen stammende Simon Wiesenthal.

Wiesenthal, der Häftling des KZ Mauthausen gewesen war, wurde gleich nach seiner Befreiung von der jüdischen Palästina-Agentur mit dieser Aufgabe betraut. In einem kleinen Büro in der Herrenstraße in Linz ging er an die Arbeit. Auf die Spur des SS-Führers brachte ihn im Jahre 1947 dessen Frau, als sie bei einem Linzer Gericht die Todeserklärung für ihren Gatten beantragte. Als Beweis legte Vera Eichmann die Erklärung eines ehemaligen deutschen Soldaten vor. Wiesenthal machte ausfindig, daß dieser Zeuge, Carl Lucas, ein Schwager von Frau Eichmann war, der nun als Beamter im tschechoslowakischen Landwirtschaftsministerium tätig sein soll. Wiesenthal fand, wie er sagte, dann weitere Beweise, daß Eichmann noch lebt und einen 22 Kilogramm schweren Goldschatz in den österreichischen Alpen versteckt hat.

Schon 1949 wäre es Wiesenthal beinahe gelungen, Eichmann zu fassen. Dieser wollte nämlich das Weihnachtsfest in Linz bei seiner Frau verbringen. Damals war alles vorbereitet, aber andere Agenten erteilten die Festnahme und Eichmann entkam. Drei Jahre später war ihm Wiesenthal, der die Jagd verärgert auf-

geben hatte, doch wieder auf der Spur. Ein ehemaliger SS-Standartenführer wollte für die Herausgabe des Eichmann-Goldschatzes seinen Aufenthalt bekanntgeben. Wiesenthal lehnte aber dieses Angebot wegen Unsauberkeit des Motivs ab.

Eine Nachforschung über die Fluchtstationen ergab, daß Eichmanns Flucht durch eine deutsche „Organisation der SS-Angehörigen“ in die Wege geleitet worden war. Über Rom sei Eichmann mit Hilfe eines vatikanischen Reisedokumentes 1951 ausgeweisert. Einen weiteren Hinweis erhielt Wiesenthal von einem Österreicher, der erfahren hatte, daß Eichmann in Buenos Aires wohne.

1954 übermittelte Wiesenthal sämtliche Informationen über Eichmann dem Präsidenten des jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann. Als Wiesenthal sah, daß Goldmann nichts erreichte, nahm er erneut die Jagd nach Eichmann auf. Er gab seinen Architektenberuf auf, um sich ganz seiner Lebensaufgabe widmen zu können. Frau Eichmanns Mutter teilte Wiesenthal auf eine Anfrage mit, daß ihre Tochter in Übersee wieder geheiratet hätte. Eine im November 1959 erschienene Todesanzeige der Mutter von Eichmanns Frau, in der diese und ihre Kinder erwähnt wurden, überzeugte schließlich Wiesenthal, daß sich Eichmann mit seiner Frau tatsächlich in Argentinien aufhält. Im März 1960 ließ Wiesenthal den israelischen Behörden photographische Beweise zukommen, und zwei Monate später wurde der berüchtigte Judenmörder in Buenos Aires aufgespürt, festgenommen und nach Israel gebracht.

Eichmanns Tätigkeit in der ČSSR

Adolf Eichmann hat jahrelang von Prag aus seine verbrecherische Tätigkeit durchgeführt.

Schon lange vor der Besetzung der Tschechoslowakei, dem „Herzland“ Europas, wie sie im Nazijargon genannt wurde, im März 1939, war Eichmann zu wiederholten Malen als Spion und politischer Aufwiegler in diesem Lande, wo er im Einvernehmen mit der Henlein-Partei eine ausgedehnte subversive Tätigkeit entfaltete. Der Verdacht, den man schon damals hinsichtlich seiner Reisen und seines Aufenthaltes in Prag, Asch und Reichenberg schöpfte, fand jetzt seine volle Bestätigung. Er war bereits seit 1934 Beamter des SD, in welcher Eigenschaft er die gleichen Aufgaben zu erfüllen hatte, die er einige Monate vorher in Österreich als treuer Gefolgsmann Hitlers, Himmlers und Görings gelöst hatte, wo er den Boden für die spätere Besetzung, den sogenannten „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich vorbereiten half. In allen diesen Fällen nahm er seine frühere Tätigkeit bei der Vacuum Oil Comp. als Vorwand für seine Reisen als Spion und politischer Agent.

Unter dieser Maske konnte er ungehindert reisen und die Toleranz, die die Behörden in Prag Naziagenten gegenüber an den Tag legten, für illegale Menschen-, Waffen- und Büchertransporte mißbrauchen.

Welches Ausmaß seine verbrecherische Tätigkeit erreichte, ist bis jetzt noch nicht völlig klargestellt. Eines ist aber sicher: zu der Partei des Ascher Turnlehrers Konrad Henlein, recte Slepicka, hatte er enge Beziehungen. Auf einer seiner Reisen durch Südböhmen lernte er auch in einer Ortschaft bei Böhmisch-Budweis seine spätere Gattin Veronika Liebl kennen, die, aus einer bekannten Nazifamilie stammend, einen Bruder, Franz Liebl, hatte, der seit 1939 Kommissär der Gestapo in Königgrätz war und in dieser Stellung sich zahlreiche Verbrechen an tschechoslowakischen Staatsbürgern zuschulden kommen ließ, wofür er nach der Befreiung der ČSSR vom faschistischen Joch zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Knapp nach der Besetzung Böhmens und Mährens folgte Eichmann, wie eine Hyäne einer ausziehenden Karawane, der vorrückenden deutschen Wehrmacht, schlug seinen Wohnsitz in Prag auf und gründete auch dort eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ (!) ähnlich wie in Wien. Hier, in dieser altherwürdigen, vom Glanz einer reichen Vergangenheit überschatteten

Stadt gefiel es ihm wie vielen anderen nazistischen Bonzen so gut, daß er sich entschloß, hier seinen ständigen Wohnsitz aufzuschlagen. Die Beschaffung einer passenden Wohnung bereitete dem Mordbanditen keine Schwierigkeiten. In Orechovice, einem Vorort Prags, nicht weit von seinem Amtssitz entfernt, fand er eine prächtig ausgestattete Villa, deren rechtmäßiger Besitzer Fischer den Auftrag erhielt, samt seiner Familie und den übrigen jüdischen Wohnparteien sogleich die Villa zu verlassen und, wie es damals üblich war, in eine andere dicht besetzte Gettowohnung mit den damit verbundenen unerhörten Schikanen und Einschränkungen zu übersiedeln.

Fischer, der ahnte, welches Schicksal ihn und seine Familie erwarte, versuchte dem drohenden Unheil dadurch zu entgehen, daß er eine günstige Gelegenheit benützte und mit Frau und Kindern nach der Slowakei entkam, wo er in unwegsamen Bergen Schutz und Rettung zu finden glaubte. Die gut organisierte nazistische Mordmaschinerie war aber stärker, und so gelang es Fischer nicht, seine Familie vor den Schergen des Massenmörders zu retten. Ihr Schicksal hat Eichmanns Mordgehilfe in der Slowakei Dieter Wisliceny, der Beauftragte für die „Arisierungsfrage“, ein berüchtigter Massenmörder, in Verbindung mit den slowakischen Faschisten und Hlinkagardisten besiegelt... Denn nach einiger Zeit verwirklichten Eichmann und Wisliceny ihren Plan zur „Liquidierung“ der Juden in der Slowakei, wozu sie noch überdies von Sano Mach und Tuka gedrängt wurden, die sich für die lückenlose Durchführung der Slowakei von der jüdischen Bevölkerung einsetzten.

So wurden Zehntausende slowakischer Juden in Transporten zusammengefaßt und in die verschiedenen Todeslager (Oswiencim, Majdanek, Treblinka usw.) verschickt und in den Gaskammern grausam ermordet.

Dank der Hilfe slowakischer Widerstandskämpfer konnte sich Fischer vor den Mordgehilfen Eichmanns und Wislicenys zwar retten und sich in den Bergen der Ostslowakei verborgen halten, seine Familie aber, die den unerhörten physischen und seelischen Qualen, denen ein Leben in der Illegalität ausgesetzt war, nicht standhalten konnte, fiel wie Zehntausende anderer slowakischer und wie Millionen europäischer Juden den Mördern Hitlerdeutschlands, die unter Eichmanns Kommando standen, zum Opfer...

Unter der persönlichen Leitung Eichmanns wurde als erster Massentransport der in Mährisch Ostrau ansässigen Juden, die in Galizien oder Polen beheimatet waren, im Spätherbst des Jahres 1939 durchgeführt. Dieser Transport ging nach Nisko, von wo die Deportierten in die verschiedenen Vernichtungslager Polens verschickt wurden.

Daß Eichmann, ebenso wie die übrigen nazistischen Bonzen, auf ihren persönlichen Vorteil bedacht waren, war selbstverständlich. Davon zeugt nicht nur die Art und Weise, wie er für sich und seine Verwandten eine Luxusvilla ergatterte, sondern auch, wie er zu der für diese Villa passenden Einrichtung an Möbeln, Teppichen, Deckenbeleuchtung und wertvollen Bildern kam, die ebenfalls aus geraubtem jüdischem Besitz stammte, deren Eigentümer zu diesem Zweck in Vernichtungslager abtransportiert worden waren. Dies bezeugt die Aussage eines Prager Augenzeugen namens Berkovic, der in der Zeit, in der Eichmann Juden in die Gaskammer schickte und ihre Wohnungen indessen plündern ließ, zur Arbeit in ein besonderes Möbellager abkommandiert war, in dem sich die wertvollsten Gegenstände des „konfiszierten“ jüdischen Eigentums befanden. Von da holte sich Eichmann das, was er zur Ausstattung oder Vervollständigung der Einrichtung seiner Wohnung und zur Deckung seiner persönlichen Bedürfnisse brauchte.

Bevor Eichmann zur Übernahme der persönlichen Leitung des „Zentralamtes für die Regelung der Judenfrage“ Prag im Jahre 1942 verließ, ohne natürlich seine Luxuswohnung aufzugeben — seine Familie blieb ja in Prag zurück —, führte er in sein Amt als seinen Nachfolger den SS-Sturmbannführer Hans Günther ein, der ihm sodann im Range unterstellt war.

Ein Dokument, datiert vom 28. April 1942 in Prag, trägt die Signatur „Zentralstelle für die Aussiedlung der Juden in Prag“ und ist ein amtlicher Begleitbericht des Leiters dieser Zentralstelle, Hans Günther, adressiert an Adolf Eichmann in Berlin. Im Texte findet sich die kurzgefaßte Bemerkung:

„In der Beilage übersende ich Ihnen eine statistische Übersicht über die Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Protektorat und bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.“

Diese Beilage ist eine geheftete Broschüre mit 11 graphischen Farbtafeln, von denen die erste im Einleitungstext folgende Feststellung anführt, auf die der SS-Sturmbannführer Günther nicht wenig stolz gewesen sein mochte:

„Die jüdische Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren weist einen ständigen Rückgang auf. Von den 118.310 Juden, die am 15. März 1939 im Gebiet des Protektorates Böhmen und Mähren lebten, verblieben am 31. März 1942 nur 61.320 Personen. Das bedeutet eine Senkung um 48 Prozent.“

Die übrigen Tafeln bringen nähere Einzelheiten über den jüdischen Bevölkerungsrückgang durch Auswanderung, Deportierung in Gettos, durch Sterbefälle usw. Bezeichnend für die damalige traurige Lage der Juden unter dem Regime Eichmann-Günther ist die mit Befriedigung von Guntner gemachte Feststellung, daß auf 100 Sterbefälle nur 6,4 Geburten fallen... Die deutsche Gründlichkeit und die nazistische Ordnungsbestie haben ganze Arbeit geleistet.

Ogleich die weitere Korrespondenz zwischen Eichmann und seinem Prager Gangsterkumpen vorläufig noch nicht an das Tageslicht gekommen ist, wissen wir aus anderen Dokumenten, daß zum Beispiel die Zahl 11.576 verstorbener und deportierter, das ist in den Gaskammern ermordeter Juden aus der ČSSR am Anfang des Jahres 1942 sich in den folgenden Jahren bis zum Ende des Krieges auf 73.526 erhöht hat, davon waren 5258 Kinder.

So muß es begreiflich erscheinen, daß der Name Eichmann in der Hitlerzeit ein unvorstellbares Grauen bei allen jenen hervorrief, die bereits Lagerinsassen waren, aber auch bei allen denen, die in der Angst lebten, dorthin von seinen SS-Schergen verschleppt zu werden. Denn dieser Massenmörder dirigierte nicht nur die systematische Aus-

Ein wichtiger Termin

Die Fristen für die Anmeldungen von Entschädigungsansprüchen nach dem Besatzungsschädengesetz sowie nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz und für die Einbringung von Ansuchen um Gewährung eines Härteausgleiches nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz laufen am **31. Dezember 1960** ab. Anträge und Ansuchen, die nicht bis zu diesem Tage bei den zuständigen Finanzlandesdirektionen eingelangt sind, sind verspätet und können deshalb nicht mehr berücksichtigt werden. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auf Grund der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen nur solche Anträge und Ansuchen behandelt werden können, die auf den amtlich aufgelegten Formblättern eingebracht wurden. Im Zweifelsfall stehen die Finanzlandesdirektionen zur mündlichen Auskunfterteilung zur Verfügung.

Formblätter: weiß für Besatzungsschäden und Kriegs- und Verfolgungsschäden am Hausrat (§ 5 KVSG), blau für Berufsinventarschäden (§ 9 KVSG), grün für Ansuchen um Gewährung eines Härteausgleiches (§ 11 KVSG).

rottung der Juden von seinem Schreibtisch im „Amt zur endgültigen Regelung der Judenfrage“ in Berlin, sondern er erschien auch nach übereinstimmenden Aussagen vieler Zeugen persönlich in den verschiedenen Konzentrationslagern, um der technischen Abwicklung seiner Anordnungen beizuwohnen. Wenn die Nachricht von der Ankunft dieses Ungeheuers die Lagerinsassen auf irgendeinem Wege erreichte, löste sie Schrecken und Entsetzen aus, wußte man doch aus Erfahrung, daß jedem Besuch Eichmanns entweder eine Verschärfung der „Lagerdisziplin“ oder Massentransporte in Todeslager (Oswiencim, Majdanek usw.) folgten.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Eichmann dem Theresienstädter Getto. Viele tschechoslowakische Bürger, die dort inhaftiert waren und die Befreiung vom nazistischen Joche erlebten, können sich noch heute nicht des Gefühls erwehren, das in ihnen damals jeder Besuch Eichmanns hervorgerufen hat. Denn jeder von ihnen erinnert sich daran, daß alle Häftlinge, ja sogar Kinder wußten, daß Eichmann nur eine Absicht in Theresienstadt verfolgte: Die Transporte in die Gaskammern zu beschleunigen und zu vermehren, um Platz für neue Ankommlinge im Theresienstädter Getto frei zu bekommen.

Über die Besuche Eichmanns in Theresienstadt existiert überdies eine Zeugenaussage des Gettokommandanten Karl Rahm, der vor dem Strafgericht in Leitmeritz aussagte, daß Eichmann schon im Jahre 1938 in Wien in der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ sein Vorgesetzter war.

Zuletzt sah Rahm seinen Vorgesetzten Eichmann Anfang November 1948 in amerikanischer Gefangenschaft in Glaserbach bei Salzburg. Am Schlusse seiner Aussage führte Rahm damals die ihn, Eichmann und alle übrigen nazistischen Bonzen charakterisierende Bemerkung an: „Bei meiner letzten Aussprache (vor Kriegsende) mit Eichmann unterhielten wir uns auch darüber, wohin wir bei Kriegsende flüchten werden. Eichmann aber und die übrigen leitenden Funktionäre ließen mich und meine ganze Familie im Stich.“

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Hein Hamacher (Köln), Joseph Hindels, Rosa Jochmann, Wilhelm Krell, Karl Mark, Oskar Philipp, Franz Skotton, Harry Schleicher (Beograd), Friedrich Tramer, Rudolf Trimmel, Walther Ullmann.

Niemals vergessen

Anton Niederle

Vor zweiundsechzig Jahren, am 10. Juni 1898, wurde ein Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei auf den Namen Anton Niederle ausgestellt. Der schwächliche, blasse Dreherlehrling, der es in Empfang nahm, hatte kaum eine Hand dafür frei — so schwer schleppte er



an einem Stoß Arbeiter-Zeitungen, die er täglich in den Straßen seines Wohnbezirkes und in seinem Betrieb kolportierte. Seither, seit sechs Jahrzehnten, hat Niederle mit der Partei und der Arbeiterbewegung Tiefen und Höhen miterlebt, Rückschläge und Niederlagen miterlitten, Erfolge und Siege mitbejubelt.

Niederle wurde bald Vertrauensmann der Metallarbeitergewerkschaft; fast gleichzeitig wurde er auf die berühmte Schwarze Liste gesetzt. Als er als Dreher

keine Arbeit mehr finden konnte, vermittelten ihm Domes und Wiedenhofer einen Arbeitsplatz bei den Hammerbrotwerken. Er half mit, die Kinderfreunde-bewegung ins Leben zu rufen, die Arbeiterturner zu gründen und war auch Vorstandsmitglied der Naturfreunde. Nach der Gründung des Schutzbundes wurde Niederle Kommandant der Bezirke Schwechat, Hainburg und Bruck an der Leitha. In Schwechat wurde er in den Gemeinderat gewählt, wo er bis zum Jahre 1927 — bis zu seiner Verhaftung wegen „Hochverrats“ im Zusammenhang mit dem Schattendorfer Heimwehrüberfall — als Stadtrat tätig war.

Niederle war natürlich auch im Februar 1934 unter jenen Sozialisten, die verhaftet und eingekerkert wurden. Er arbeitete aber ungebrochen auch in der Zeit des grünen und braunen Faschismus an der Verbreitung der sozialistischen Idee und war 1945 einer der ersten, die mithalfen, die Sozialistische Partei wieder aufzubauen. Die Partei, die Gewerkschaft, die Kinderfreunde, der Konsumverein und der ASKÖ haben Anton Niederle, der fast ein Vierteljahrhundert auch ein treuer Mitarbeiter Oskar Helmers war, für seine Treue und seine nimmermüde Mitarbeit mit der Victor-Adler-Plakette, mit goldenen Ehrenzeichen und Erinnerungsmedaillen geehrt.

Unseren Genossen Niederle haben all die vielen Ehrungen, die ihm die Partei und seine Freunde und Kampfgefährten zuteil werden ließen, sehr gefreut; aber es war oft rührend, zu sehen, wie der alte, bewährte Kämpfer dann mit feuchten Augen nach Worten suchte, um stets zu wiederholen, was er immer zu sagen pflegte: „Uns konnten sie nicht beugen, und ich habe doch nie etwas anderes getan, als ihr alle, meine Freunde und Genossen, ebenfalls gewagt habt, wenn es um unsere geliebten Ideale ging.“

Und jetzt sollen wir es einfach glauben: Dieser Freund und nimmermüde Kämpfer für die Bewegung, unser bewährter Mitstreiter in den Reihen unseres Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer, der stets und immer da war, wenn es galt, sich gegen Unrecht, Willkür und Gewalt einzusetzen, unser Toni ist nicht mehr bei uns? Noch wollen wir es nicht wahrhaben. Zu lebendig lebt sein Wirken in unseren Reihen weiter. Und so soll und wird es auch bleiben.

Gibt es das wirklich?

Ein Zwischenfall, der aus Linz berichtet wird, ist recht charakteristisch für die Zeit, in der wir leben.

Unter Aufwendung der größten Zurückhaltung fragte in einem Restaurant eine Linzerin einen zufällig am gleichen Tisch sitzenden Herrn, an dessen Finger sie ihren Ring erkannte, der ihr im Jahre 1940 in Krakau von der SS geraubt worden war: „Woher haben Sie diesen schönen Brillantring, mein Herr?“

Durch die unerwartete Frage überrascht, antwortete der so Angesprochene kurz: „Den habe ich aus Polen.“

Als der Mann das Lokal verließ, rief die Frau einen Wachmann herbei, und zu dritt begab man sich dann zur Polizei. Dort gab der Mann zu Protokoll, der Ring gehöre nicht ihm, sondern seiner Lebensgefährtin; diese wieder hatte ihn von ihrem verstorbenen Mann erhalten, der während des Krieges bei einer deutschen Organisation in Polen tätig war.

Frau J. E. schilderte, unter welchen Umständen ihr der gesamte Schmuck in Krakau von einem SS-Mann geraubt wurde. Sie gab ihrer Vermutung Ausdruck, daß sich nun nach Ermittlung des Ringes möglicherweise auch der restliche Schmuck bei dem gleichen Inhaber befinden könnte. Frau J. E. machte auch eine ganze Reihe von Zeugen namhaft, die den Ring als ihr Eigentum agnoszieren könnten, unter ihnen auch ihre frühere Hausgehilfin. Der Ring wurde beschlagnahmt.

Einige Tage später wurde Frau J. E. zu einer neuerlichen Einvernahme vorgeladen. Hier erfuhr sie zu ihrer Überraschung, daß bei der derzeitigen Besitzerin des Ringes keine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Der Polizeibeamte weigerte sich auch, den Namen des Mannes wie auch den seiner Lebensgefährtin bekanntzugeben, trotzdem Frau J. E. bei der Polizei erklärt hatte, sich dem Verfahren anschließen zu wollen.

Aus dem geschilderten Sachverhalt geht klar hervor, daß die Polizei — entgegen besserer Gepflogenheit in ähnlichen Fällen — die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des eventuell vorhandenen restlichen Schmucks unterlassen hat.

Ein Arberg — aber zweierlei Maß

Wie jetzt bekannt wird, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den seinerzeit wegen neonazistischer Betätigung verhafteten Graf Alberti eingestellt; bereits vorher war der Herr „Graf“ aus der Haft entlassen worden. Auf Grund einer Hausdurchsuchung nach Albertis Verhaftung wurde laut Polizeibericht festgestellt, daß er im Besitze einer großen Anzahl von Hetzschriften aus der Giffküche von Einar Arberg war und daß eine Anzahl von Mitgliedern verbotener Jugendbewegungen bei ihm eingeschult worden ist.

*

Ein Kölner Gericht verurteilte dieser Tage einen gewissen Hermann Luckow zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte hatte Druckschriften des Einar Arberg — des gleichen Arberg aus der vorhergehenden Notiz — an Jugendliche in Köln verteilt.

Der Staatsanwalt hat achtzehn Monate Gefängnis beantragt.

Wenn zwei das gleiche tun...

Die Mordbrigade und ihr Obersturmführer

Im Juni brachte die österreichische Presse die Nachricht, daß der Leiter der Personal- und Sozialabteilung der Wolfsegg-Trauntaler Kohlenwerks-AG, der 47jährige Dr. Egon Schönplugg, wegen Verdachtes der Beteiligung an Judenmorden verhaftet und dem Bezirksgericht in Wels eingeliefert wurde.

Man konnte in den Kommentaren der Presse noch lesen, daß von einer Auslieferung Schönpluggs nach Deutschland — er wurde auf Veranlassung des Landgerichtes München I verhaftet — keine Rede sein kann und daß Dr. Schönplugg sich vor einem österreichischen Gericht, diesmal in Wels, zu verantworten haben wird.

Die Sache Schönplugg folgte unmittelbar nach einem ähnlichen Fall, betreffend den stellvertretenden Polizeileiter in Steyr, Dr. Razesberger, dem ja ähnliches

vorgeworfen wird, nur mit dem Unterschied, daß dieser erst am 3. August verhaftet wurde.

Nun, Schönflug und Razesberger waren sozusagen Nachbarn, Razesbergers Tätigkeit erstreckte sich auf den SD-Abschnitt Schitomir und Berditschew, während Schönflug in Mogilew tätig war.

Zu Beginn des Rußlandfeldzuges wurden die „Einsatzgruppen“ geschaffen. Noch lange bevor dieser Feldzug begann, hatte SS-Reichsführer Himmler vorausgesehen, daß man für das deutsche Volk im Osten Lebensraum schaffen müsse. Dieser Lebensraum mußte womöglich menschenleer werden, vor allem aber „judenrein“ sein. Als der Rußlandfeldzug begonnen hatte, rückten nach der kämpfenden Truppe die Einsatzgruppen in die Ukraine, in Weißrußland, Litauen und Lettland ein. Die Einsatzgruppen der SS und des SD sollten vor allem Juden beiderlei Geschlechtes und „verdächtige“ Elemente liquidieren, die deutscher Auffassung nach potentiell in der Lage wären, Widerstand gegen das Besatzungsregime zu leisten.

Mit deutscher Gründlichkeit haben diese Mordbrigaden wöchentliche Berichte in mehrfacher Ausfertigung an das Reichssicherheitshauptamt, an den SD und an die SS verfaßt und abgeschickt. Diesen Berichten, die erhalten geblieben sind, waren Landkarten des Gebietes beigeschlossen, in dem die Einsatzgruppe operierte.

Wer einmal die Gelegenheit hatte, eine solche Landkarte beziehungsweise einen solchen Einsatzbericht zu Gesicht zu bekommen, der konnte feststellen, daß hier richtige Bürokraten des Mordes tätig waren. In den Landkarten waren neben jeder Ortschaft Särgе eingezeichnet, in der anschaulich die Zahl der umgebrachten Juden eingetragen wurde. Wenn in einem Gebiet keine Juden mehr waren, dann wurden die Grenzen dieses Gebietes auf der Karte rot eingezeichnet und die Inschrift „judenrein“ angebracht.

Der verhaftete SS-Obersturmführer Dr. Schönflug gehörte dem Stabe der Einsatzgruppe 8 an. Seine Tätigkeit erstreckte sich über Bialystok, Minsk nach Mogilew. Das Landgericht in München hat dem Untersuchungsrichter in Wels umfangreiches, fast 200 Blatt starkes Belastungsmaterial zur Verfügung gestellt.

Im Zuge der Untersuchungen gegen den Chef des Einsatzkommandos 8, Obersturmführer Dr. Otto Bratfisch, und unter Zuhilfenahme der Akten aus dem amerikanischen Document Center in Berlin, konnte der Stab Bratfisch ermittelt werden.

Grausamkeiten über Grausamkeiten lassen einen beim Lesen der Berichte der Einsatzgruppen das Blut aufwallen. In Mogilew wurden von der Einsatzgruppe, dem der Stab Obersturmführer Dr. Schönflug angehört hat, an einem Tage fast viertausend Juden — vom Kind bis zum Greis — auf die grausamste Weise ermordet. Wer sich vor dem Erschießen nicht ruhig verhalten hat, der ist von Mitgliedern des Einsatzstabes mit der Reitpeitsche zur Ordnung gebracht worden. Das war im Oktober 1941!

Jahre vergingen, die Toten hat die Erde zugedeckt. Die Mitglieder des Einsatzstabes aber verstanden es, unterzutauchen. Sie ließen sich in unbekanntenen Orten eventuell auch noch entnazifizieren, hielten ihre Taten für vergessen und strebten wieder Wohlstand und Macht an.

In Westdeutschland ist man bemüht, über die Zentralstelle für Ermittlungen der Naziverbrechen in Ludwigsburg unter Oberstaatsanwalt Dr. Schüle reinen Tisch zu machen. Alle bisher bekanntgewordenen Naziverbrechen, die in vielen Teilen Europas verübt wurden, sollen untersucht werden. Es kann nach Auffassung der Zentralstelle — und diese Auffassung wird von allen demokratisch gesinnten Kräften in Westdeutschland geteilt — keine Bewältigung der Vergangenheit geben, ohne daß das Ausmaß des Verbrechens bekannt wird und die Schuldigen nach Möglichkeit ihrer Bestrafung zugeführt werden.

Und in Österreich? Nur ein einziger Nazimörder befindet sich noch in Haft, alle anderen wurden amnestiert oder begnadigt.

Jetzt wurde die Frage „lebenslang“, das heißt eine Entlassung nach 15 oder 20 Jahren, diskutiert. Und man geht hier von Fällen aus, wie zum Beispiel Gufler, Bergmann usw. Was waren schon diese Gufler und

Bergmanns gegenüber den Angehörigen einer Einsatzgruppe, gegenüber KZ-Bestien? Mord an nur einigen Personen begangen, wird bei einem SS-Obersturmführer fast wie ein Kavaliärsdelikt gewertet. Während für Gufler und Bergmanns öffentliche Posten auch nach Verbüßung der Strafe gesperrt sind, können Mitglieder von Einsatzkommandos ziemlich hoch auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stufenleiter emporklettern.

Wir wollen dem Verfahren gegen Dr. Schönflug nicht vorgreifen und die Aussagen der ihn belastenden Zeugen — die deutsche Polizeibeamte sind — zitieren. Wir glauben aber dennoch, daß auch in der abgestumpften Welt, in der wir leben, diese Zeugenaussagen zu gegebener Zeit ihre Wirkung nicht verfehlen werden.

Für rasche Erledigung der Forderungen

Die Österreichische Widerstandsbewegung, die vor einiger Zeit unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder und Freunde ihre diesjährige Generalversammlung abhielt, wählte Doktor Franz Sobek wieder zum Präsidenten. Es wurde eine Entschliebung angenommen, die wir im Wortlaut wiedergeben.

Die Österreichische Widerstandsbewegung verlangt im Namen ihrer Mitglieder und Freunde von den gewählten Volksvertretern und von der Bundesregierung:

1. daß die gerechten Forderungen aller Österreicher, die im Kampf für ein freies, demokratisches Österreich Schaden an Gesundheit und Eigentum erlitten haben, nachdem sie nunmehr fünfzehn Jahre hindurch ihre Geduld und ihr Vertrauen zu Parlament und Regierung unter Beweis gestellt haben, endlich erfüllt und alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die geeignet sind, eine endgültige Wiedergutmachung herbeizuführen und zum Abschluß zu bringen;

2. daß alle Freiheitskämpfer und Hinterbliebenen der für Österreich Gefallenen eine sichtbare Würdigung ihres Kampfes durch den Staat in Form der Verleihung eines neu zu schaffenden Freiheitskreuzes erfahren.

Nach der Erfüllung dieser Forderungen wird sich die Österreichische Widerstandsbewegung, deren Mitglieder wesentlich zur Schaffung der Grundlagen unseres Staates beigetragen haben, mit allen ihren Kräften, der Arbeit für Österreich und insbesondere der Erziehung der Jugend widmen, damit der Bestand und die Zukunft unseres freien, demokratischen Österreich gesichert werde.

Ihre rechte Hand

in allen Geldangelegenheiten

ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN
35 Zweiganstalten

Prozeßbeginn im März 1961

Der Prozeß gegen Adolf Eichmann soll nun endgültig im kommenden Frühjahr in Jerusalem stattfinden. Die Pressestelle der Regierung gab bekannt, daß die Verhandlungssprache Hebräisch sein werde. Für Eichmann soll eine Simultan-Übersetzungsanlage in deutscher Sprache eingerichtet werden, während für Beobachter und Pressevertreter das Gerichtsverfahren gleichzeitig in englischer und französischer Sprache übertragen werden soll.

Die israelischen Justizbehörden wollen im Prozeß gegen Eichmann den Nachweis erbringen, daß der ehemalige SS-Obersturmbannführer Pläne zur Ausrottung des gesamten Judentums entwickelt hatte. Es liegt zwar bereits genügend Beweismaterial vor, doch will Israel „die Anklage erweitern und nachweisen, daß seine Pläne die Ausrottung des ganzen Judentums umfaßten und daß er persönlich für die Durchführung der Ausrottungspolitik verantwortlich war“. Aus diesem Grunde wird der Prozeß vermutlich erst im März 1961 beginnen.

Ferner liegen Protokolle einer Sitzung der Reichsregierung vom 20. Jänner 1942 vor, in der die Pläne Eichmanns erörtert und dieser mit ihrer Ausführung beauftragt worden sei. Außerdem sind Dokumente vorhanden, in denen Eichmann die Überstellung von 40.000 französischen, 40.000 holländischen und 10.000 belgischen Juden in Vernichtungslager gefordert habe.

Das israelische Kabinett hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zugeleitet, der es Eichmann ermöglichen würde, sich von einem deutschen Verteidiger vor dem israelischen Gericht vertreten zu lassen. Nach den bisherigen Bestimmungen können nur Anwälte zugelassen werden, die in Israel ein Staatsexamen abgelegt haben. In dem Gesetzentwurf wird keinerlei Bezug auf den Fall Eichmann genommen, der ausdrücklich nicht als „Lex Eichmann“ gelten soll. Während ein erster Vorschlag ausländische Verteidiger nur in Fällen politischer Vergehen vorsah, soll nach dem jetzigen Entwurf jeder Ausländer, der möglicherweise zum Tode verurteilt werden kann, einen ausländischen Verteidiger heranziehen dürfen.

Eichmann hatte im vergangenen Monat den Antrag gestellt, den Kölner Anwalt Dr. Robert Servatius mit seiner Verteidigung zu beauftragen. Die Wahl des Verteidigers hatte Eichmann mit dem stellvertretenden Staatsanwalt Gabriel Bach besprochen, der ihn in seiner Gefängniszelle aufgesucht hatte.

Jugoslawien und der Fall Eichmann

Nachdem in einem israelischen Polizeibericht zum Fall Eichmann mitgeteilt worden ist, die Untersuchungen würden in mehreren Ländern geführt werden, kann als sicher gelten, daß jugoslawische Materialien in dem Prozeß gleichfalls eine Rolle spielen werden. Hatte doch die jugoslawische Regierung schon vor der israelischen Ankündigung wissen lassen, daß sie die Verfolgung von Kriegsverbrechern als die gemeinsame Pflicht aller Länder ansehe, weswegen sie auf Verlangen auch bereit sei, alle in Jugoslawien vorhandenen Dokumente Israel zur Verfügung zu stellen.

Als sich die jugoslawischen Archivare für den Fall Eichmann zu interessieren begannen, kamen gleich aus einigen Landeshauptstädten Beschuldigungen gegen Eichmann. Sind auch genauere Einzelheiten vorläufig noch nicht mitgeteilt worden, so wird Eichmann doch global Verbrechen beschuldigt, die allein schon für eine Verurteilung genügen dürften. So kam aus der slowenischen Landeshauptstadt Ljubljana die Kunde, Eichmann sei für die Zwangsausiedlung von Slowenen aus dieser dem „Großdeutschen Reich“ angeschlossenen nördlichen jugoslawischen Republik verantwortlich. Kurz darauf meldete sich die mazedonische Hauptstadt Skopje, wo der Vorwurf erhoben wurde, Eichmann sei im Zusammenhang mit den bulgarischen Besatzungsbehörden dieses Landesteiles an der Vertreibung und Ermordung von 8000 mazedonischen Juden schuld, wovon 7318 im polnischen Konzentrationslager Treblinka vergast worden seien. In der bisher letzten Nachricht wird aus Zagreb berichtet, Eichmann sei für die Massendeportation und Vernichtung von mehr als 25.000 kroatischen Juden verantwortlich, die in Konzentrationslagern des faschistischen kroatischen Staates auf grausame Weise ums Leben gebracht worden sind.

Während im letzten Fall die Schuld Eichmanns aus den vorhandenen Dokumenten deutlich hervorgeht, ist ein Nebenaspekt gleichfalls recht interessant. Soll doch Eichmann seine Untaten insbesondere in Zusammenarbeit mit dem damaligen kroatischen Innenminister Artukovic ausgeführt haben.

Eben jener Herr Artukovic erfreut sich jedoch im kalifornischen Paradies der Unbelangbarkeit durch die jugoslawischen Behörden. Zu Beginn vorigen Jahres hatten amerikanische Stellen wieder einmal die Auslieferung Artukovic's verweigert, weil es sich bei den von Jugoslawien gegen Artukovic erhobenen Beschuldigungen, dieser habe den Befehl für die Ermordung von mindestens 1293 Menschen, darunter 230 Kinder unter 14 Jahren, gegeben, um „Verbrechen mit politischem Charakter“ gehandelt haben soll, die nicht unter den im Jahre 1901(!) zwischen den USA und dem Königreich Serbien geschlossenen Auslieferungsvertrag fielen.

Es ist kaum anzunehmen, daß infolge der gegenwärtigen politischen Situation Belgrad erneut an die USA mit einem Auslieferungsverlangen herantreten wird. Sollten jedoch auch die jugoslawischen Dokumente im Eichmannprozeß einen bedeutenden Platz einnehmen, dann dürfte es für Washington nicht sehr angenehm sein, daß ein mehr als moralisch Mitschuldiger durch seinen Schutz der strafrechtlichen Verantwortung vorenthalten wird.

Bisher ist Jugoslawien das einzige Land, das Hilfe bei der Sammlung des Materials gegen Eichmann gewährt. Die anderen Ostblockstaaten, vor allem Rußland und Polen, haben sich auf entsprechende Bitten der Regierung Israels nicht



Höhe des Krankengeldes an Besitzer der Amtsbescheinigung

Nach § 12 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG.) haben die Krankenversicherungsträger den Inhabern einer Amtsbescheinigung die gesetzlichen Pflichtleistungen zu gewähren, wobei bei der Festsetzung der Bemessungsgrundlage von der in der Krankenversicherung geltenden höchsten Beitragsgrundlage auszugehen ist. Da sich die Beitragsgrundlagen ab 1. Mai d. J. erhöht haben, erhöhte sich auch das höchstzulässige tägliche Krankengeld an Inhaber der Amtsbescheinigung — soweit sie Opfer sind und keine Unterhaltsrente beziehen — ab 1. Mai 1960 von S 43,34 auf S 54,17.

In der Arbeiterkammer für Wien haben nun einige Dienstnehmer vorgesprochen, die sich bereits vor dem 1. Mai im Krankenstand befanden und Inhaber der Amtsbescheinigung sind. Sie teilten mit, daß die Wiener Gebietskrankenkasse das erhöhte Krankengeld ab 1. Mai d. J. an sie nicht zur Auszahlung brachte, da nach Meinung des zuständigen Sachbearbeiters das erhöhte Krankengeld nur in jenen Fällen zu gewähren ist, in denen der Krankenstand nach dem 1. Mai 1960 eingetreten ist. Da diese Rechtsauffassung den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht, wandte sich die Arbeiterkammer für Wien an die Direktion der Wiener Gebietskrankenkasse und ersuchte um Klarstellung. Die Wiener Gebietskrankenkasse teilte nun unter anderem folgendes mit:

Im Bezug auf die nach dem Opferfürsorgegesetz zu berechnenden Personen wurde bereits mit 2. Mai 1960 verfügt, daß am 1. Mai 1960 die Barleistungen nach der erhöhten Bemessungsgrundlage zu berechnen sind.

Irtümlicherweise hat ein Sachbearbeiter in einigen Fällen unterlassen, die neue Höchstbemessungsgrundlage auch bei den sogenannten Übergangsfällen, in denen der Versicherungsfall bereits vor Wirksamkeitsbeginn der 6. Novelle eingetreten war, zur Anwendung zu bringen. In allen diesen Fällen wurde die Nachzahlung der Differenzbeträge veranlaßt.

Wir ersuchen Sie, die bei Ihnen Beschwerde führenden Arbeitnehmer zur Bereinigung der Differenz, falls dies nicht bereits geschehen sein sollte, an das zuständige Referat Opferfürsorge in der Ersatzleistungsgruppe der Leistungsabteilung, Wien I, Renngasse 15, erster Halbstock, zu weisen.

Da an uns immer wieder bezüglich des Anspruches auf Krankengeld Anfragen gestellt werden, ersuchen wir euch, alle Genossinnen und Genossen auf diese Mitteilung besonders aufmerksam zu machen.

geäußert. Zwei israelische Korrespondenten, die in der letzten Zeit einige Staaten Osteuropas besuchten, konnten feststellen, daß dort wichtige historische Materialien im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß vorhanden sind; aber bisher besteht keine Möglichkeit, sie auszuwerten.

Folgen der Eichmann-Verhaftung

Nach der Festnahme des SS-Obersturmbannführers Eichmann haben in Schleswig die Zahnärzte Dr. Krambeck und Dr. Riedel Selbstmord begangen. Wie in Schleswig zu hören ist, sollen die Motive mit dem Fall Eichmann in Verbindung stehen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Zeuge Israel Eisenberg am 29. Juli 1946 in Nürnberg als Zeuge über Massensexekutionen der SS in Polen auf einen Oberscharführer der SS Riedel hingewiesen hat. Die damaligen Aussagen stehen der Zentralstelle zur Verfolgung von Naziverbrechen in Ludwigsburg zur Verfügung. Über die Personenidentität von Riedel war noch nichts Endgültiges zu erfahren. Auf Grund Ludwigsburger Ermittlungen war bereits Mitte Juni in Schleswig der Ratsherr Fellenz verhaftet worden. Er steht unter der Anschuldigung, als Stabschef einer SS-Einheit im Jahre 1942 an Judenerschießungen in Krakau beteiligt gewesen zu sein.

Der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle, Staatsanwalt Schüle, hat in den letzten Tagen in Washingtoner Archiven die vollständigen Akten der Abt. IV-B-4 des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, die Eichmann unterstand und die „Endlösung der Judenfrage“ betrieb, gefunden. Schüle, der mit einem Mitarbeiter seit Mitte Juli in Washington arbeitet, hat darüber hinaus eine große Anzahl von Akten und Dokumenten gefunden, die für andere Untersuchungsverfahren von größtem Wert sind.

80 Prozent Entschädigung für Schmuck

Schmuck und Edelmetallgegenstände, die während der nationalsozialistischen Zeit verfolgten Einwohnern im deutschbesetzten Polen entzogen wurden, werden zu 80 Prozent ihres Wertes von der deutschen Bundesregierung ersetzt. Das wurde jetzt im Bundesfinanzministerium auf Anfrage bestätigt. Diese Wiedergutmachungsregelung gilt für Menschen aus dem ehemaligen Generalgouvernement, dem früheren Warthegau, und den anderen in das damalige Deutsche Reich eingegliederten polnischen Gebieten.

Nach den Auskünften aus dem Bundesfinanzministerium geht diese Regelung auf den Paragraphen 5 des Rückerstattungsgesetzes zurück. Danach fallen unter das Gesetz auch im Ausland aus Verfolgungsgründen weggenommene Gegenstände, die in das Bundesgebiet oder nach Berlin gelangt sind. Im Zuge der sogenannten „Reinhardt-Aktion“ wurden in den genannten Gebieten Schmuck und Edelmetallgegenstände planmäßig entzogen und zum großen Teil in einer zentralen Berliner Stelle gesammelt.

Das Bundesfinanzministerium hat sich gegenüber dem United Restitution Office damit einverstanden erklärt, daß der erforderliche Nachweis als erbracht gilt, wenn der Geschädigte glaubhaft nachweisen kann, daß ihm die Wertsachen aus Verfolgungsgründen weggenommen wurden. Bei wilden Beraubungen oder Plünderungen verlorene Wertgegenstände werden nicht ersetzt.

Nach dem Rückerstattungsgesetz wird der Wert des Eigentums, dessen Verlust zu entschädigen ist, nach dem Stand vom 1. April 1956 festgelegt.



Gegen den ehemaligen Häftling im KZ Mauthausen, jetzt Händler, Ernst Hallen aus Bonn, Karlstraße 3, geboren am 22. Jänner 1911 in Iserlohn, läuft ein Ermittlungsverfahren.

Der Beschuldigte war in der Zeit von Jänner 1940 bis zum 6. Mai 1945 als Häftling im ehemaligen Konzentrationslager Gusen I, einem Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen, inhaftiert.

Der Beschuldigte, der anfangs einfacher Häftling war, übte später in nachstehender Reihenfolge die Funktionen des Lagerfriseurs, Kantineneinkäufers und Blockschreibers aus. Zuletzt war er von April 1943 bis zur Auflösung des Lagers im Mai 1945 Blockältester des Blockes 24. Der Block 24 war mit jugendlichen Häftlingen russischer und polnischer Nationalität belegt.

Wir bitten alle Genossen, die aus eigener Wahrnehmung Angaben über das Verhalten von Ernst Hallen machen oder Zeugen nominieren können, uns umgehend zu schreiben. Insbesondere sollte gegebenenfalls eine genaue Schilderung einzelner Tatumstände gegeben werden.

1. Er habe im Jahre 1940 etwa fünf bis sechs junge polnische Häftlinge, deren Namen bisher nicht bekannt sind, zur Unzucht (§ 175 StGB) mißbraucht und diese Häftlinge nach der Tat durch den inzwischen verstorbenen Reviercapo Zach mittels Benzininjektionen töten lassen. Belastungszeuge: Kammerer.

2. Im Jahre 1940 oder 1941 habe er einen unbekannt jüdischen Häftling zwischen den Blocks 5 und 6 zusammen mit dem Mithäftling Kammerer unter einer Wasserleitung ertränkt. Belastungszeuge: Jakob.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Mein Kampf

Gegen Dokumentarfilme über diejenigen Jahre, die heute so gern als unsere „unbewältigte Vergangenheit“ bezeichnet werden, sind wir auf Grund mancher unzulänglicher oder spekulativer Versuche skeptisch geworden. Mit den Mitteln eines oberflächlichen Reportagestils war dieser tragischen Epoche europäischer Geschichte nicht beizukommen.

Was sich hinter dem provokanten Titel „Mein Kampf“ verbirgt, darf aber wohl als das ehrlichste, gründlichste und objektivste Bemühen um eine filmische Darstellung der Hitler-Katastrophe bezeichnet werden. Man merkt hier die neutrale Warte des schwedischen Journalisten Erwin Leiser, der sich nicht mit reichlich abgenutzten Kriegsbildern begnügte, sondern neben der Frage „Was geschah damals?“ auch einmal das Problem „Wie war es möglich?“ aufwarf. Er kann dabei zumindest einige Wurzeln aufspüren, die zu Hitlers Machtergreifung in Deutschland geführt haben, und entlarvt schonungslos die Mittel, mit denen dieser verbrecherische Scharlatan und seine willfährigen Kreaturen erst das deutsche Volk und dann unseren ganzen Kontinent in ein Meer von Blut und Tränen stürzte. Die bisher unbekannt Bilder aus dem Warschauer Getto sind hiebei wohl das erschütterndste Dokument menschlichen Leids, das man je auf der Leinwand sah. Sie wiegen bei weitem kleine historische Ungenauigkeiten sowie die Schwerpunktverlagerung auf die Ostfront bei den Kriegsskizzen auf; schließlich haben sich auch dort die größten Tragödien und Vernichtungsorgien abgespielt. So kann das bestürzende Bild- und Zahlenmaterial des Films nur in den Mahnruf „Es darf nicht wieder geschehen!“ münden. Es wäre verfehlt, bei einem solchen Filmwerk von künstlerischer Gestaltung im üblichen Sinn zu sprechen, doch beweist auch die zwingende und wohlgedachte Bild- und Tonmontage (mit zahlreichen Originalausschnitten aus Reden der Naziführer) die beispielhafte Gesinnung des Autors. Die Prädikatisierungskommission des Unterrichtsministeriums hat dem Film selbstverständlich und einstimmig das höchste Prädikat, „Besonders wertvoll“, verliehen.

Daran müssen wir den dringenden Appell knüpfen, daß die Unterrichtsbehörde alles unternehmen möge, die Oberklassen der höheren Schulen zum Besuch dieses — in den Geschichtsstunden leider allzusehr

ARBEITERBANK AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: 63 17 51

Zweigstellen: Wien I, Fleischmarkt, Telephon 63 91 07
Wien IV, Rechte Wienzeile 37, Telephon 43 71 02

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 71 5 05, 71 5 06
Innsbruck: Südtiroler Platz 14 - 16, Telephon 36 73
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 48 22
Linz: Christian-Coulin-Straße 32, Telephon 27 8 78

Durchführung aller Bankgeschäfte, Entgegennahme von Spareinlagen, Finanzielle Beratung

vernachlässigten — unentbehrlichen politischen Lehrstoffes zu verpflichten.

In einer Zeit von Hakenkreuzschmierereien, Narviktreffen und getarnten Turnerfesten erübrigt sich aber auch über die Notwendigkeit des Streifens für breite Schichten des erwachsenen Publikums jede Diskussion.

R. E.

Wir können allen unseren Genossinnen und Genossen nur empfehlen, in Wien und überall, wo der Film „Mein Kampf“ gezeigt wird, auf ihn hinzuweisen und vor allem die Jugend auf dieses Dokument menschlicher Grausamkeit und verbrecherischer Entartung eindringlich aufmerksam zu machen. Diese Zeit finstersten Faschismus darf niemals mehr vergessen werden.

*

Der Führer in Unterwölbling

... Unterwölbling ist ein netter Ort an den Hängen des Dunkelsteiner Waldes in Niederösterreich. Warum sollte Unterwölbling nicht auch seinen Kameradschaftsbund haben? Gibt es doch in diesem reizenden Dörfchen eine ganze Anzahl ehemaliger Kriegsteilnehmer des ersten und zweiten Weltkrieges. Nachdem obendrein die Bezirksleitung des Österreichischen Kameradschaftsbundes gefunden haben dürfte, daß ein Veteranenverein allein seinen Zielen nicht recht dienen könne, mußte (!) also vor kurzem der Kameradschaftsbund Unterwölbling gegründet und seine neue Fahne geweiht werden.

Soweit, so gut. Was aber dann kam, war nicht mehr gut. Der Hauptredner verstieg sich nämlich zu Behauptungen wie: „Die ehemaligen Soldaten des ersten und zweiten Weltkrieges werden deformiert und — geschmäht... das kommt einer völligen Zersetzung des Wehrwillens unter den Jungen gleich!“ Weiter stellte dieser Herr noch fest, daß es ohne „Ritterkreuz“ keine Verteidigung der Heimat gebe. Die Demagogie trieb noch weitere Blüten, bevor das bittere Ende (auch für den Herrn Redner) kam. Er schloß nämlich mit lauter Stimme: „...darum müssen wir einig sein im Kampf für Volk, Führer und Vaterland!“

Der Ruf eines Zuschauers: „Für welchen Führer?“, löste augenblickliche Stille und — bedrohliche Stellungnahme gegen den Rufer aus. Aber nur von einigen wenigen, die entweder nicht kapierten, worum es eigentlich ging, oder aber (und das möchte man eigentlich nicht gerne annehmen) mit dem Herrn Redner ganz einer Meinung waren.

Und was tat die Menge? Sie schwieg. Was taten die gewählten Gemeindevertreter? Sie schwiegen.

Angesichts solcher Vorkommnisse ergeben sich zwei Fragen. Wie lange müssen wir uns noch die Serie der Entgleisungen gewisser Funktionäre des ÖKB gefallen lassen? Müßte durch solches nicht jeder aufrechte Österreicher — allen voran die Protektoren des ÖKB auf der Ministerbank — nicht aus der Lethargie herausgerissen und zur Wachsamkeit aufgerufen werden?

*

Wird auch Skorzeny rehabilitiert?

Man hörte vor kurzem die Meldung, daß das Wiener Landesgericht ein Verfahren gegen den „Mussolini-Befreier“, Otto Skorzeny, eingestellt habe. Das Verfahren war auf Grund eines Auslieferungsansuchens aus der CSSR eingeleitet worden, die Skorzeny — der österreichischer Staatsbürger sein soll — Verbrechen verschiedener Grade beschuldigt.

Wie es weiter heißt, soll Skorzeny jetzt die Möglichkeit haben, nach Österreich zurückzukehren, da ihm die österreichischen Auslandsbehörden einen österreichischen Reisepaß ausstellen. Diesen Pressemeldungen wäre noch beizufügen, daß Skorzeny nach dem Krieg „inkognito“ mit einem spanischen Reisepaß auf den Namen „Otto Scorba“ mehrmals in Österreich war.

Aus den in Österreich befindlichen Gauakten, betreffend die Vorgänge der „Reichskristallnacht“ vom 10. November 1938, geht hervor, daß Otto Skorzeny der Abschnitt „Innere Stadt“ bei dieser „Volksbelustigung“ übertragen wurde. Überdies war Skorzeny für die Brandlegung und Vernichtung der jüdischen Gotteshäuser einschließlich der Mobilisierung der „kochenden Volksseele“ verantwortlich.

Aus unserem Band

12. Februar 1961

Der 12. Februar wird besonders von uns als Symbol für die vielen Gedenktage gewertet, die die österreichische Arbeiterschaft zu verzeichnen hat. Er ist der Tag, an dem wir des mutigen Widerstandes gegen die anmaßenden Übergriffe des grün-weißen Faschismus in unserem Lande gedenken; und viele unserer besten Freunde und Genossen sind durch die Henker der austrofaschistischen Diktatur gefallen — jener Diktatur, die damit zugleich der Henker von Freiheit und Demokratie in Österreich und schließlich der Unabhängigkeit unseres Landes geworden ist.

Wir haben schon immer erwartet, daß unsere Genossen in Stadt und Land, auch jene, die nicht dabeigewesen sind, diesen Tag würdigen und es oft nicht verstanden, wenn da oder dort Veranstaltungen angesetzt worden sind — (aus „Terminnot!“ — die eigentlich nicht so ganz in den Rahmen gepaßt haben.

Nun fällt der 12. Februar im Jahre 1961 auf den Faschingssonntag und wir begrüßen es sehr, daß nun auch der Parteivorstand gerade im Hinblick auf diese Tatsache beschlossen hat, alle Organisationen der Partei zu ersuchen, an diesem Tage keine Tanz- und Vergnügungsveranstaltungen abzuhalten.

Freilich werden wir nicht verhindern können, daß „die anderen“ einen Tag wie den 12. Februar zum Teil mißachten oder ignorieren. Er ist ja auch nicht ihr, sondern unser Tag. Wir Freiheitskämpfer aber halten uns selbstverständlich unso leidenschaftlicher an den Beschluß des Parteivorstandes und erwarten, daß unsere Genossinnen und Genossen in ihren Lokalorganisationen rechtzeitig auf diesen Beschluß hinweisen.

Viele unserer Genossen gaben ihr Leben — verzichteten auf alle gemeinsam darauf, an diesem Tag zu tanzen und uns zu „vergnügen“. Es ist wenig genug im Vergleich zu dem, was jene für unsere Idee gegeben haben.

Niemals vergessen!

*

Unsere Fahrt nach Mauthausen am 3. Juli 1961

Wir freuen uns, euch mitteilen zu können, daß die Fahrt nach Mauthausen anläßlich des Besuches des Ministerpräsidenten Chruschtschow ein Erfolg für unseren Bund wurde. Unsere Genossinnen und Genossen sind unzählige erschienen und haben sich sehr diszipliniert verhalten. Wir wollen ferner feststellen, daß sich die anderen Verbände auch an die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen gehalten haben.

*

Wir brauchen eure Berichte

Gleichzeitig ersuchen wir die Schriftführer unserer Gruppen, nicht auf das Einsenden von Versammlungsberichten und sonstigen Mitteilungen zu vergessen, die für unsere Zeitung bestimmt sind. Diese Zuschriften sollen möglichst zweizeilig — (also mit genügend großem Zeilenabstand) — geschrieben werden, weil das die Arbeit in der Setzerei sehr erleichtert. Wir bitten euch aber wiederholt, jedes Manuskript, gleichgültig was darin steht, stets nur einseitig zu beschreiben.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung 1959 unserer Bezirksgruppe fand am Donnerstag, dem 21. April 1960, unter dem Vorsitz von Genossen Jonny Moser statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Berichte.
2. Neuwahlen.
3. Allfälliges.

Der Obmann Genosse Jonny Moser brachte den Bericht über das Jahr 1959; dann folgten die Berichte des Kassiers und der Kontrolle.

Bei der Wahl in den neuen Ausschuß wurden nachfolgende Genossen einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Jonny Moser.
2. Obmann: Genosse Emil Osterseher.

1. Kassier: Genosse Otto Konrad.
2. Kassier: Genosse Josef Rosenheck.

Schriftführer: Genosse Josef Landgraf.

Kontrolle: die Genossen Dipl.-Ing. Viktor Grabner und Hans Brügel.

Karteiführer: Genosse Otto Konrad.

Opferfürsorge: die Genossen Jonny Moser und Otto Konrad.

Beisitzer: Genosse Paul Meßner.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Genosse Jonny Moser (in Vertretung Genosse Otto Konrad); Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossen Jonny Moser (in Vertretung Genosse Otto Konrad);

Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossen Jonny Moser und Otto Konrad;

Delegierte zur Bezirkskonferenz der SPÖ: Genossin Apolonia Neuböck und Genosse Hans Brügel;

Delegierte im Bezirksausschuß der SPÖ: Genosse Josef Landgraf.

Dann hielt Genosse Jonny Moser das Schlußwort und schloß um 21.30 Uhr die Jahresversammlung.

Alsergrund

Anton Niederle †. Am Donnerstag, dem 23. Juni 1960, haben wir einen unserer bewährten Genossen den Flammen übergeben: Unseren Genossen Anton Niederle. Schon seit frühester Jugend gehörte er unserer Partei an, kämpfte er in ihren Reihen und gab immer ein Beispiel lauterer Hilfsbereitschaft und Einsatzfreudigkeit, wenn es galt, manhaft und kompromißlos für die Idee des Sozialismus einzutreten.

Es war daher kein Wunder, daß Niederle als Funktionär der Arbeiterschaft sehr bald auch die Bekanntheit der Kerker des damaligen Austrofaschismus machte. Niederle gehörte dem Republikanischen Schutzbund seit seiner Gründung an, und im Februar 1934 war er unter den ersten, die als Schutzbundkommandanten mithalfen, sich gegen den Würgegriff der Feinde der Arbeiterklasse zur Wehr zu setzen.

Dann kam 1945 und wir finden Niederle überall dort, wo es gilt, tatkräftig mit Hand anzulegen: In Partei, Gewerkschaft und in ihren Organisationen ist seine Zeit gekommen. Unserem Bund gehörte Niederle seit seiner Gründung an, und mit den Genossen aus der SchB- und RS-Zeit verband unseren Toni nicht nur das gemeinsame Erleben aus den schweren Tagen des Februar 1934, sondern auch eine echte wirkliche Freundschaft unter Gleichgesinnten, die stets der Idee des Sozialismus und damit sich selbst treu geblieben sind.

Im Krematorium der Stadt Wien hatte sich am 23. Juni eine große Trauergemeinde versammelt, um von Niederle Abschied zu nehmen. Unsere Genossin Jochmann fand tiefempfundene Worte des Abschieds und dankte namens der Partei und unseres Bundes für die vielen, vielen Stunden eines einfachen Arbeiterlebens, die der Tote als begeisterter und aufrechter Sozialist an Arbeit für und in seiner Partei gegeben hat. „Du warst einer unserer Besten“, sagte Genossin Jochmann, „wir werden dich niemals vergessen!“

Döbling

Karl Sebek †. Unser Genosse Karl Sebek ist nach langem Leiden verschieden. Von Beruf Tischlergehilfe, fand er in jungen Jahren den Weg zur Gewerkschaft und zur Partei. Er war vor 65 Jahren Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei Döblings, trat nach dem ersten Weltkrieg in die Volkswehr ein und erwies sich hier nicht nur als wackerer Kämpfer gegen die Feinde der jungen Republik, sondern auch als guter Organisator und Werber für die sozialistische Bewegung. Er machte die Burgenlandkämpfe mit und schloß sich dem Republikanischen Schutzbund sofort nach seiner Gründung an; er blieb ihm bis zur Auflösung treu.

Bei der Trauerfeier im Krematorium würdigten die Genossen Krenn und Passauer — dieser namens der Bezirksorganisation und der Freiheitskämpfer — sein vorbildliches Wirken, das auch sichtbar durch die Verleihung der Adlerplakette anerkannt worden war.

Floridsdorf

Fritz Mistelberger †. Am Mittwoch, dem 27. Juli 1960, verstarb unser Genosse Fritz Mistelberger im 70. Lebensjahr. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Er war einer derjenigen Genossen, die keinen Moment zögerten, als es galt, sein ganzes Ich für die Interessen der Arbeiterschaft einzusetzen.

Wir werden seinen Einsatz und sein Wirken niemals vergessen.

Die Einäscherung fand am 1. August 1960 im Krematorium der Stadt Wien statt. Genosse Kohl hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf sowohl im Namen der Bezirksorganisation Floridsdorf, der Partei als auch der Bezirksgruppe Floridsdorf der Freiheitskämpfer. Er schloß seine Worte mit dem Gruß „Freundschaft!“ und tief ergriffen verabschiedeten wir uns von unserem dahingegangenen Freund und Kampfgenossen.

*

Stanislaus Halamka †. Am Sonntag, dem 18. September 1960, verstarb nach kurzem schwerem Leiden unser Genosse Stanislaus Halamka im 65. Lebensjahr.

Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit Genossen Halamka einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Er war einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, als es galt, die Interessen der Republik und der Arbeiterschaft zu verteidigen. Wir werden seinen Einsatz und sein Wirken niemals vergessen.

Das Begräbnis fand am 22. September um 12.45 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe war durch eine Delegation und ihre Fahne vertreten. Genosse Blei hielt dem Verstorbenen im Namen der Freiheitskämpfer von Floridsdorf einen tiefempfundenen Nachruf. Er beendete mit dem Gruß „Freundschaft!“ seine Worte.

*

Josef Kopp †. Am Freitag, dem 30. September 1960, verstarb Genosse Josef Kopp im 76. Lebensjahr nach kurzem, schwerem Leiden. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer für die Rechte der Arbeiterklasse. Kurz vor seinem Tode erhielt er von seiner Sektion für die 40jährige Parteizugehörigkeit das goldene Parteiabzeichen überreicht. Wir werden seinen Einsatz und sein Wirken niemals vergessen.

Das Begräbnis fand am Mittwoch, dem 5. Oktober 1960, auf dem Jedlersdorfer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe Floridsdorf war durch eine Delegation und ihre Fahne vertreten. Bezirksobmann Genosse Blei hielt dem Verstorbenen im Namen der Freiheitskämpfer von Floridsdorf einen tiefempfundenen Nachruf. Er schloß mit dem Gruß „Freundschaft!“ seine Worte.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

St. Pölten. Jahresversammlung. Die Jahresversammlung fand am Samstag, dem 25. Juni 1960, um 15 Uhr im Gasthaus Pauli am Alpenbahnhof statt. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde von unserem Bezirksobmann und Landesobmannstellvertreter Genossen Rudolf Ziegelwagner der in der Berichtsperiode von uns gegangenen Genossinnen und Genossen gedacht. Dann begann nach Genehmigung der Tagesordnung die Versammlung mit den Berichten des Obmannes und Kassiers. Alle Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Es waren auch viele Genossen aus Hainfeld, Lilienfeld, Herzogenburg, Neulengbach, Wilhelmsburg und St. Pölten anwesend.

Das ausgezeichnete Referat des Genossen Rudolf Appel über verschiedene politische Probleme und die Wiedergutmachung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Als Gast war auch Genosse Karl Gruber, der neue Bezirkssekretär, erschienen.

Bei den darauffolgenden Neuwahlen wurden einstimmig die bisherigen Mitglieder in den Ausschüssen und die Delegierten wiedergewählt:

1. Obmann: Genosse Rudolf Ziegelwagner.
2. Obmann: Genossin Gisela Steininger.
1. Kassier: Genosse Franz Heindl.
2. Kassier: Genossin Katharina Scholle.
- Schriftführer: Genossin Anni Neurath.
- Kontrolle: Die Genossen Karl Hellerschmid und Stanislaus Kummer.

Opferfürsorge: Genosse Rudolf Ziegelwagner.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Rudolf Ziegelwagner, Ferdinand Kostal (Hainfeld), Josef Riedinger (Neulengbach) und Cyrill Loubal (Wilhelmsburg).

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Rudolf Ziegelwagner (St. Pölten), Ferdinand Kostal (Hainfeld) und Josef Huber (Herzogenburg).

Vertrauensmänner für den Bezirk St. Pölten, Herzogenburg, Hainfeld, Wilhelmsburg und Neulengbach: die Genossen Ferdinand Kostal (Hainfeld), Josef Riedinger (Neulengbach), Cyrill Loubal (Wilhelmsburg), Josef Huber (Herzogenburg) und Karl Hellerschmid (St. Pölten).

Zum Abschluß der Versammlung dankte der Obmann für die erfolgreiche Zusammenarbeit aller Genossinnen und Genossen und schloß mit dem Gelöbnis, im Ringen für die Interessen der Kämpfer und der Opfer des Faschismus nie zu erlahmen. Wir werden stets wachsam bleiben und den Faschismus bekämpfen, in welcher Form immer er sich zeigt. Unsere Toten und Märtyrer werden wir niemals vergessen!

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

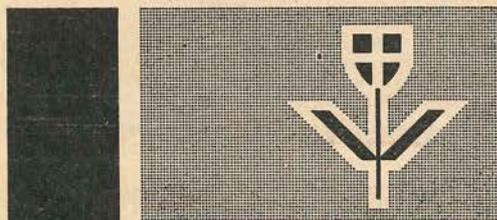
HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.



was
man
schätzt

schützt
man

WIENER STÄDTISCHE
VERSICHERUNG

WIEN I. RINGTURM · TELEPHON 63 97 50

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 30. Nov. 1960**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzelle 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mo. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstern 1 Jeden 1. Di. im Monat 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16. Liebhartgasse 56 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing,
Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
9. Berggasse 41 Jeden 1. Do.
Parterre (Hausverwaltung) ... 14 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim,
Wiener Straße 2 Jeden Mo. u. Sa.,
8.30 bis 11.30 Uhr

- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linzer, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Tägl. (außer Sa.),
9 bis 12 Uhr

- Steyr, Damberggasse 2 Jeden 1. u. 3. Sa
im Monat, 10 bis
11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Mi. 17 bis 19 Uhr
Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I, Bitte vorher tele-
phonisch anfragen: Nr. 7 11 12.